

# Gewerkschaft

**Organ des Gesamt-Verbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs**

Hauptschriftleitung: **E. Dittmer**  
Berlin SO 36, Schlesische Str. 42  
Fernsprecher: Amt F8 Oberbaum 9491

Berlin, den 1. Mai 1932

Erscheint wöchentlich am Sonnabend  
Bezugspreis:  
Monatlich durch die Post 50 Reichspfennig

## An alle Arbeitnehmer der öffentlichen und der Verkehrsbetriebe!



Nach den aufregenden Wahltagen der letzten Wochen gibt uns die Maifeier der gesamten klassen- und zielbewußten Arbeiterschaft unseres Planeten willkommenen Anlaß, einmal in ernster Besinnlichkeit den Leidensweg der Arbeiterschaft aufzuzeigen, wenn sie uneinig ist.

Wahrlich, wir leben in einer Zeitepoche dauernder wirtschaftlicher, sozialer und politischer Umwälzung. Das

Wort Karl Marx': „Kriege sind die Lokomotiven der Weltgeschichte“, hatte auch für den Weltkrieg volle Geltung. Die rasend entwickelte Technik zu menschenmörderischen Zwecken stand auch nach dem Kriege nicht still. In einem Tempo, wie es die Erde nie gesehen, begann in Amerika eine Umstellung der Produktion, so daß man von einer neuen Aera des Kapitalismus sprach. Und Deutschlands Wirtschaftsführer — um auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu bleiben — benutzten die Millionen-gewinne aus der Inflationszeit, um einen Maschinenpark zu schaffen, der bei voller Ausnützung die ganze Welt mit Industriewaren, Werkzeugen und Maschinen versorgen könnte. Es sah zunächst aus, als sollte dieses Rationalisierungsexperiment gelingen; denn nach den fürchterlichen Inflations-



wiederauflebenden Kapitalismus noch von unendlicher Dauer. Wir mußten uns auf langjährige harte Kleinarbeit einrichten, um unseren Anteil an den technischen und kulturellen Errungenschaften durchzusetzen. Darum kämpften wir für einen höheren Lebensstandard, ohne unser Ziel, die Befreiung der Menschheit vom kapitalistischen Joch, aus dem Auge zu lassen.

Aber in England, wo die schleichende Wirtschaftskrise die Arbeitslosenziffer überhaupt nicht unter 2 Millionen hatte kommen lassen, sah man das Bild doch weniger optimistisch an. Es kam nicht nur zu vielmonatelangen Streiks in den Bergwerken, sondern ein Generalstreik der gesamten

erscheinungen, die 1923 ihren bekannten Tiefstand erreichten mit einer Billion = 1 Rentenmark, entwickelte sich die deutsche Industrie schnell aufwärts, und fast schien es, als seien Krieg, Versailler Friedensvertrag, Ruhrbesetzung und Inflation völlig überwunden. Aber es schien nur so. Wohl gelang es den Gewerkschaften in dieser Zeit des wiederaufsteigenden Kapitalismus, der sich zu gigantischen Konzernen mit weltumspannender internationaler Betätigung auswuchs, einen verhältnismäßig größeren Anteil am Mehrwert in harten und zähen Kämpfen zu erringen. Der Reallohn stieg von 1924 bis Ende 1929 um fast das Doppelte für die meisten Lohnkategorien. Auch die Beamten hatten einen entsprechenden Anteil bei den Besoldungsreformen, und es schien manchem vielleicht so, als sei diese Welt des

englischen Arbeiterschaft führte 1928 zu dem größten gewerkschaftlichen Abwehrkampf unseres Jahrhunderts. Leider ging dieser gigantische Kampf verloren.

Mittlerweile kamen die ersten Anzeichen des wirtschaftlichen Niederganges von Amerika herüber, und in Verbindung mit den sich immer stärker auswachsenden Verpflichtungen aus dem Versailler Friedensvertrag machte sich auch in Deutschland in rascher Folge ein ungeheures Anwachsen der Arbeitslosigkeit bemerkbar. Das gab den rechts- und linksradikalen Parteien willkommenen Anlaß, ihre Theorie von der notwendigen Diktatur — der eine mit Moskau, der andere mit Hitler — zu propagieren. Und es gelang besonders den Nazis, weite Kreise der bürgerlichen Parteien für ihr geplantes **System des Faschismus und der Diktatur** zu gewinnen. Die Auflösung des Reichstags 1930 und die Neuwahlen am 14. September 1930 bedeuteten, politisch gesehen, eine Katastrophe. Sie machten den Reichstag so gut wie arbeitsunfähig, und das ganze republikanische, demokratisch-parlamentarische System war schwer gefährdet. Die Arbeiterschaft — das Wort in weitestem Sinne genommen — schien in Verwirrung geraten. Und wir haben seit dieser Zeit nicht nur ein Anwachsen der Hitler-Seuche feststellen können, sondern das Heer der Arbeitslosen wuchs in schnellstem Tempo, insbesondere durch die Finanzkrise in den Julitagen und die daraus resultierenden Folgen der großen „Vertrauenskrise“, die ohne Zweifel auf das Konto der Hitler-Bewegung zu setzen ist. Nur die Uneinigkeit der Arbeiter und die unsinnige Putsch- und Gewaltpolitik der KPD. ermöglichte den Einbruch der Hitler-Garde des Kapitals.

Das Ausland mißtraute der deutschen Wirtschaft nach dem Zusammenbruch des Nordwolle-Konzerns und vieler anderer Industrie-Unternehmungen und Banken, wobei Hunderte von Millionen verloren gingen. Es kam zwar schließlich zu einer Art „Moratorium“, d. h. die ausländischen kurzfristigen Kredite konnten von Deutschland nicht zurückgezahlt werden und wurden daher „verlängert“. Ebenso wurden die Zahlungsverpflichtungen des Young-Planes vorläufig auf ein Jahr (bis 1. Juli 1932) ausgesetzt. Das englische Pfund stürzte um fast ein Drittel seines Wertes und der **Weltkapitalismus erhielt einen weiteren Stoß**. Man weiß heute noch nicht, ob sich die kapitalistische Wirtschaft überhaupt davon voll erholen wird. Wäre die Einigkeit der Arbeiterschaft gewährleistet, so könnten wir unseren wirtschaftlichen, politischen und moralischen Druck auf Umgestaltung des jetzigen kapitalistischen Wirtschaftssystems ganz anders zur Geltung bringen.

Die Zahlen dieser Landtagswahlen sprechen eine ganz eindeutige Sprache. Die Arbeitnehmerklasse hat (von den Splittergruppen ganz abgesehen) in Preußen 4,6 Millionen Sozialdemokraten und 2,8 Millionen Kommunisten aufzuweisen. Bedenkt man, daß die kommunistische Agitation zumeist gegen „den Hauptfeind“, die Sozialdemokraten, gerichtet war, so ist das unbefriedigende Gesamtergebnis vom Standpunkt der Gewerkschaften schon verständlich!

Die Kommunistische Partei hat aber außerdem Hunderttausende von ihren eigenen Parteianhängern erst sturmreif und empfänglich für die Hitler-Agitation gemacht! Darüber gibt es keinen Zweifel mehr. Und am Tage des Weltfeiertags muß in allen Ländern der Erde gegen diese verräterische, brudermörderische Taktik der Kommunisten Protest erhoben werden. Aber auch die Sozialdemokratische Partei als allein berufene Arbeiterpartei in Deutschland hat wichtige Lehren aus den Wahlkämpfen der letzten Jahre zu ziehen. Sie muß wieder in viel stärkerem Maße als bisher die bindende weltanschauliche Ideenwelt des Sozialismus in den Vordergrund ihrer andauernden Aufklärungsarbeit stellen. Nur so können wir insbesondere die Jugend und die Frauen für uns gewinnen. Die zahlreich zu Hitler entschwundenen Beamten aber müssen von unseren freigewerkschaftlich und sozialistisch geschulten Beamtenkollegen weniger mit Verheißungen und Anwartschaften als mit grundsätzlicher Aufklärungsarbeit gewonnen werden, damit sie nicht jedem politischen Scharlatan anheimfallen, der ihnen die größten Versprechungen macht.

So haben die Gewerkschaften gegenwärtig eine überaus schwierige Position. Und wer nicht den Glauben an den Sieg des Sozialismus hat, wer nicht der Ueberzeugung ist, daß die **Maiforderungen der Arbeiterschaft: Einigkeit, Arbeiterschutz und Völkerfrieden** heute noch unsere Postulate sein müssen, der könnte verzweifeln in dieser kapitalistischen Wirrnis des ungeheuren Elends einerseits und der Not der Arbeitslosen von mehr denn 25 Millionen Menschen andererseits.

Würde die deutsche Arbeiterklasse, würde die internationale Arbeiterschaft einig sein in ihrem Bestreben, entsprechend der Forderung von Karl Marx: „Proletarier aller Länder vereinigt euch!“, gewiß könnten wir so dem Kapitalismus sehr bald ein Ende bereiten und mit der Plan- und Gemeinwirtschaft auch die Bedarfsdeckungswirtschaft durchführen und damit den Sieg des Sozialismus auf der ganzen Linie erreichen. Aber noch sind die Kolonnen der Arbeiterschaft zersplittert und gesprengt, und die Hilfstruppen des Kapitalismus, die Faschisten, bleiben eine drohende Gefahr für den Aufstieg und die Einigkeit der Arbeiter. Darum fordern wir an diesem Maientag von allen Mitgliedern des Gesamt-Verbandes, ja von der gesamten Arbeitnehmerschaft in allen Ländern: **Tätige Propaganda für die Einigkeit und Geschlossenheit aller Schaffenden**. Das kapitalistische System ist am Niederbrechen. Wir wollen dafür aber nicht ein System der Diktatur und der Gewalt aufrichten mit neuem Militarismus und neuen Völkerkriegen und herrschendem Nationalismus! Sondern wir finden uns zusammen am 1. Mai in dem Grundgedanken der Völkerverständigung, des Friedens,

**der gemeinsamen Arbeit für die Idee der Demokratie und des Sozialismus!**

## ... und so weiter!

Das Licht vom Himmel läßt sich nicht versprengen,  
Noch läßt der Sonneaufgang sich verhängen  
Mit Purpurnücteln oder dunklen Ruten;  
Den Albigenfern folgen die Puffiten  
Und zahlen blutig heim, was jene litten;  
Nach Hus und Ziska kommen Luther, Putten,  
Die dreihig Jahre, die Gebennenskreiter,  
Die Stürmer der Bastille und so weiter.

(Lenau.)



In einem beständigen, bald langsamer, bald rascher sich vollziehenden Entwicklungsprozeß ist die Menschheit während ihrer tausendjährigen Geschichte von Stufe zu Stufe zu immer neuen Formen und Einrichtungen des gesellschaftlichen Lebens emporgetragen worden. Dem Bastillesturm, der die Zwingburgen des Feudalismus in ganz Europa zerbrach, folgt in der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts beginnend, der Aufbau und die Entwicklung einer neuen gewaltigen Freiheitsbewegung. Es ist der Emanzipationskampf des sozialistischen Proletariats, der

soziale Gedanke, der um seine Gestaltung in der ganzen Welt ringt. Wie im Jahre 1789 der Bastillesturm den Beginn der großen Französischen Revolution signalisiert und als das Fanal einer neu heraufziehenden Welt über ganz Europa leuchtet, so läßt hundert Jahre später der Beschluß des internationalen Sozialistenkongresses zu Paris im Jahre 1889 die ganze Welt aufhorchen. Das kapitalistische Bürgertum erschrickt und die monarchischen Regierungen treffen Vorbereitungen, um die Mäiemonstrationen, die erstmalig am 1. Mai 1890 stattfinden, den Druck der staatlichen Machtmittel spüren zu lassen. In Preußen wird das Militär in den Kasernen bereitgehalten, um einer etwa ausbrechenden proletarischen Revolution sofort mit dem Kleinkalibrigen zu antworten. Aber an die Anwendung von Gewalt und Barrikadenbau denkt in der von Karl Marx, Friedrich Engels, Ferdinand Lassalle und August Bebel geschulten sozialistischen Arbeiterschaft niemand. „An unserer verdammten Gesehmäßigkeit werden unsere Gegner zugrunde gehen“, dieser Satz August Bebels wird zur Grundlage der politischen Taktik der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in Deutschland. Am 1. Mai 1890 brauchte das preussische Militär nicht in Aktion zu treten. Die Sozialistische Internationale aber marschierte in der ganzen Welt.

Seit dem 1. Mai 1890 haben wir Weltgeschichte erlebt wie keine Generation vor uns. Wozu früher die Entwicklung Jahrhunderte gebraucht hätte, das preßt sich jetzt in wenige Jahrzehnte zusammen. Eine stoßartige revolutionäre Entwicklung schuf eine ganz neue Welt der Technik, der Wissenschaft und der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse. Der Weltkrieg zertrümmerte die letzten europäischen Kaiserreiche.

Unter dem Druck der ungeheuren Weltwirtschaftskrise und der von ihr erzeugten Arbeitslosennot, die von gewissenlosen Demagogen zu sehr durchsichtigen politischen Zwecken ausgenutzt wird, wird heute immer nur davon geredet, was wir in den allerletzten Jahren unter härtestem Druck und Zwange wieder preisgeben mußten. Vielleicht ist es ein Fehler, daß wir selbst viel zu wenig von den Erfolgen der Arbeiterbewegung sprechen. Würde die historische Entwicklung der letzten Jahrzehnte allgemein richtig gewürdigt und verstanden, dann wäre es unmöglich, daß die politische Charlatanerie der Hittlerlei den beobachteten Umfang hätte annehmen können.

Erinnern wir uns nur — was sich seit dem 1. Mai 1890 alles geändert? Denken wir dabei zunächst an unsere eigene Organisation! Die Gemeindearbeiter, die Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter, die Hausangestellten und andere Berufsgruppen, die heute im Gesamt-

Verband eine machtvolle gewerkschaftliche Organisation besitzen, mußten diesen Schutz damals noch völlig entbehren. Die Hausangestellten und teilweise auch die Gärtner waren noch der Sklaverei der schmachvollen Gesindeordnungen unterworfen. Die Seeleute waren nicht weniger unfrei. Von einer tarifvertraglichen Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse und damit von Rechtsansprüchen keine Spur. Völlige Schutzlosigkeit im Falle der Arbeitslosigkeit, keine Arbeitslosenunterstützung, kein Betriebsräterrecht und kein Arbeitsgericht. Die übrige soziale Versicherung völlig ungenügend. Politisch: Beschränkungen des Koalitionsrechtes, Vereins- und Versammlungsrechtes und nicht zuletzt des Wahlrechtes. Die größere Hälfte der Nation, die Frauen, politisch überhaupt völlig rechtlos. Mit all diesen Rechtlosigkeiten und Unzulänglichkeiten haben Sozialdemokratie und Gewerkschaften gründlich ausgeräumt, womit keineswegs gesagt sein soll, daß wir alle unsere Forderungen als erfüllt ansehen. Im Gegenteil, wir wissen ganz genau, daß noch unendlich viel zu tun übrig bleibt. Das demonstrieren deutlich die Forderungen, die wir Tag für Tag erheben. Aber der kapitalistische

sozialistische Reaktion ist das, was die Arbeiterschaft sich erkämpft, schon viel zu viel und deshalb hat sie sich in den letzten Wochen mit ihrem Kampfruf heiser geschrien: „Holt die roten Fahnen nieder, wir wollen unser altes Preußen wieder!“ — ... und so weiter! Kein Zweifel, die menschliche Gesellschaft befindet sich abermals und seit langem in einem entscheidenden Umformungsprozeß ihrer Lebensgrundlagen und ihres politischen Zusammenlebens. Wirtschaftsnot und soziale Not der Gegenwart zeigen sehr deutlich, daß der Kapitalismus, der heute die Welt beherrscht, nicht der Weisheit letzter Schluß ist und sein kann. Wenn die Nationalsozialisten heute nach einer Systemänderung schreien, dann sagen wir: „Jawohl, ein System gilt es zu überwinden, das allein die Ursache aller Nöte der Gegenwart ist, nämlich das System des Kapitalismus, dessen bestochener Soldat und Verteidiger jedoch gerade der Nationalsozialismus ist.“ — Die Erkenntnis von der Unhaltbarkeit des kapitalistischen Systems

bringen heute selbst bürgerliche Nationalökonomien ganz offen zum Ausdruck. So hat kürzlich Professor Sombart in einem Vortrage über „Die Zukunft des Kapitalismus“ aus- einanderge-  
setzt,

„daß das Hauptmerkmal der kapitalistischen Wirtschaft, die automatische Steuerung durch den Markt, nicht mehr vorhanden ist. Möglich sei, daß man sich mit Notverordnungen und anderen Eingriffen in die Wirtschaft fortkhelfe. Unmöglich sei, den Zustand der „freien“ Konkurrenz wiederherzustellen; denn Sein oder Nichtsein von Großbanken oder Stahltrusts und ihre Wirtschaftspolitik seien eben nicht mehr Angelegenheiten von Kapitalisten, sondern öffentliche Angelegenheiten, um die sich jeder Staat kümmern müsse. Wahrscheinlich aber sei eine Planwirtschaft, die notwendigerweise alle Gebiete der Wirtschaft bis zur Konjunktion umfassen müsse. Sombart erklärte, sein Wunsch ist, daß der Wille zur Gestaltung der neuen Wirklichkeit klar sichtbar sei, auch wenn dieser Wille ein Kollektivwille sei.“

Dieser Kollektivwille, der die neue Wirklichkeit beherrschen soll, kann nur in der Zielrichtung eines sozialistischen Neubaus der Wirtschaft und Gesellschaft liegen. Dafür kämpfen wir in den Gewerkschaften und in der Sozialdemokratischen Partei. Dafür halten wir am Weltfeiertag der Arbeit, am 1. Mai, die roten Fahnen hoch empor, sie sollen uns voranleuchten als die Symbole des Endsieges einer heraufziehenden neuen Zeit und neuen Welt echter und wahrer Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, deren Unterpfeiler die Solidarität des gesamten Menschengeschlechtes bilden soll.

A. Reifner.

### Der Riese

Es ist ein Riese,  
Der hat ungezählte Hände,  
Und schafft und schafft ohne Ende.  
Aus Berg und Wald und Feld  
Trägt er der Erde reiche Schätze ein,  
Funkelndes Erz und brennbaren Stein.  
Fügt Fasern zum Gewand,  
Errichtet Bauten aus Stein und Sand.  
Er pflanzt viel Korn fürs liebe Brot,  
Was für ein Riese!  
Doch der Riese leidet Not.

Sein Kleid ist dürrig,  
Sein Leib schlecht genährt,  
Auch ist er verachtet und ungeliebt.  
Der gute Riese hat mit Fleiß und Kraft  
Für eine ganze Welt gejorgt und geschafft,  
Und unterdessen  
Für sich selbst zu sorgen vergessen.  
Seinen unermüdblichen Fleiß zum Lohn  
Stiehlt die Habgucht seiner Mühe Lohn...  
Armer, lörrichter Riese.

Eddy Rickmann, Chicago

# Arbeiterschutz und Maifeier



Die Arbeitskraft steht unter dem besonderen Schutz des Reiches“, so verhindert der Artikel 157 der Deutschen Reichsverfassung. Dem Reichsarbeitsministerium ist dieser Schutz zu treuen Händen übertragen worden. Der Schutz der Arbeitskraft des Millionenheeres der Arbeiter und Angestellten soll garantiert sein in den Arbeitsschutzgesetzen und sich auswirken in einer menschenwürdigen Lebenshaltung. Was ist aus dem Schutz der Arbeitskraft seit 1929 geworden? Vier Notverordnungen haben die Fundamente des gesetzlichen Arbeitsschutzes untergraben.

Das Reichsarbeitsministerium ist weit davon entfernt, der Arbeitskraft den besonders in Krisenzeiten notwendigen Schutz zu sichern. Die vereinigten Arbeitgeberverbände fühlen sich als die gesetzgebende und ausführende Gewalt. Der Erfolg davon ist, daß die Funktionen, die dem Wirtschafts- und Finanzministerium übertragen sind, heute auch vom Reichsarbeitsministerium freiwillig übernommen und „besonders“ berücksichtigt werden. „Besonderer Schutz dem Kapital“, das ist der Leitgedanke, der das Reichsarbeitsministerium dauernd beschäftigt.

Das zeigt sich wieder bei der Frage „Was wird ab 1. Mai mit dem noch bestehenden tarifvertraglichen Arbeitsrecht und den Lohn-tarifverträgen?“ Nach den Veröffentlichungen der Regierung sollte durch die Vierte Notverordnung eine Senkung des Nominal- aber nicht des Realeinkommens eintreten. Das herabgesetzte Einkommen sollte auch über den 1. Mai hinaus als das Mindestmaß garantiert bleiben. Der Reichsarbeitsminister „verspricht“ jedoch so viel, daß er wahrscheinlich nicht alles behalten kann und er vergißt anscheinend immer das, was den Arbeitern versprochen wurde.

Dem Reichsarbeitsministerium muß bekannt sein, daß das Einkommen des Arbeiters nicht bloß durch die Lohn-tarifverträge, sondern auch durch die Manteltarifverträge festgelegt wird. Darum wird den Arbeitgebern freie Hand gelassen, die Manteltarifverträge zu kündigen. Den Schlichtungsorganen ist ohne „direkte“ Anweisung beigebracht, diese Verträge so zu verschlechtern, daß 5 bis 10 Proz. Lohnsenkung herauskommen. Sollte sich der Fall ereignen, daß dieser Abbau im Einzelfall nicht vorgenommen wird, dann wird die Verbindlichkeitserklärung und die Allgemeinverbindlichkeitserklärung nicht ausgesprochen. Es ist sogar vorgekommen, daß, obgleich die Löhne entsprechend der Vierten Notverordnung gesenkt wurden, die Verbindlichkeitserklärung nicht ausgesprochen wurde. Zum „besonderen Schutz“ der Arbeitgeber und der Schmutzkonzurrenz wurde ein tarifloser Zustand geschaffen. Der während dieser Zeit durch brutalen Lohn-druck geschaffene Lohn wird dann als der richtige Lohn angesehen.

Was wollen die Vereinigten Arbeitgeberverbände Deutschlands? „Weitere Senkung des Reallohnes, Preiserhöhung, Zerschlagung der Arbeitsrechte und Sozialversicherung gekrönt durch den 12-Stunden-Tag bei 20 bis 40 Pf. Stundenlohn! Das Reichsarbeitsministerium leistet hierfür freiwilligen Arbeitsdienst.“ Es ist falsch, wenn eine Tageszeitung behauptete: „Stegerwald will keine Lohnsenkung.“ Das Reichsarbeitsministerium will die Lohnsenkung einmal durch Verschlechterung der Manteltarifverträge und dann auch der Lohn-tarifverträge. Man sagt freilich „eine allgemeine (100prozentige) Lohnsenkung sei nicht geplant“. Wo aber die Grenze zwischen einer allgemeinen und einer nicht allgemeinen Lohnsenkung ist, wird nicht verraten. Wenn 10 Proz. deutscher Arbeiter, die noch 40 bis 50 Pf. Stundenlohn haben, nicht durch die neue Lohnsenkung erfasst werden, dann ist das Ministerwort von einer nicht allgemeinen Lohnsenkung auch erfüllt.

Für die „Verfeinerung“ des Lohnstandes ist auch schon eine wissenschaftlich akademische Lösung gefunden. Der Lohn der für den Binnenmarkt tätigen Arbeiter soll in Relation zu dem am einzelnen Ort gültigen Lohn des Arbeiters der typischen Industrie (Metall, Textil) gebracht werden. Dabei soll Akkordverdienst nicht berücksichtigt werden. Damit würden jahrelang bestehende Regelungen, den Lohnstand nach Ortsklassen einheitlich zu staffeln, beseitigt werden. Für die Arbeiter soll damit ein neues Ausnahmerecht geschaffen werden. Die vom Reichsarbeitsministerium verlangte Sicherung des gegenwärtigen Realeinkommens ist nicht geschaffen worden. Man hoffte auf den guten Willen der Arbeitgeber, das selber zu tun und die Tarifverträge nicht zu kündigen. In einer Fabel wird von einem Lämmchen, weiß wie Schnee, Ähnliches berichtet. Beide sind enttäuscht worden. Nur ein Unterschied ist festzustellen, das Lämmchen war wirklich guten Glaubens voll.

Das Reichsarbeitsministerium hat den neuen Druck auf die Löhne, der sich etappenweise bis zum Herbst auswirken soll, mit-schaffen helfen. War es durch die Arbeitgeber dazu gezwungen? Hätte das Reichsarbeitsministerium von der Vollmacht der Dritten Notverordnung, die Arbeitszeit auf höchstens 40 Stunden festzusetzen, nicht längst Gebrauch machen müssen? Nicht einmal die Begrenzung auf höchstens 48 Stunden für die Woche wagte das Ministerium durch Notverordnung einzuführen. Die amtlichen Schlichtungsorgane haben vielmehr Arbeitszeiten von 60 bis 80 Stunden vorgegeben und zugelassen. Nur in dem Punkt sind die Schlichter unabhängig geblieben.

Millionen deutscher Arbeiter sind von der Volkswirtschaft auf 52 Wochen im Jahr beurlaubt. Eine planmäßige Einteilung durch eine Notverordnung hätte vorsehen müssen, daß jeder Beschäftigte 4 Wochen Urlaub im Jahr zu erhalten hat. Das wäre die beste Durchführung des Krümpersystems gewesen. Für alle Arbeiter, Angestellte und Beamte Höchstarbeitszeit von 40 Stunden pro Woche und dazu 4 Wochen Urlaub mit Einstellungszwang hätte für Millionen Menschen Arbeit geschaffen und den Lohn-druck der letzten Jahre verhindert oder wesentlich eingeschränkt. Eine solche Maßnahme wäre zum guten Teil Erfüllung des Artikels 157 der Verfassung geworden, der besagt, „die Arbeitskraft steht unter dem besonderen Schutz des Reiches“.

Die organisierten Kollegen wissen, daß die Erfüllung dieses Schutzes weniger eine Rechts- als vielmehr eine Machtfrage ist. Der 1. Mai ist der Kampf- und Feiertag, der uns an das alte Wort erinnert

„Proletarier aller Länder vereinigt euch!“

Die Erfüllung dieses Mahnrufes ist Vorbedingung für die Durchführung des Artikels 157 der Reichsverfassung. Paul Schulz.

## Politische und wirtschaftliche Wochenschau

In der Hochverratsanklage gegen den Führer der Berliner Nationalsozialisten, Dr. Goebbels, ist die Voruntersuchung abgeschlossen. Der Oberreichsanwalt hat Anklage erhoben wegen Verdacht, die Verfassung des Reichs mit Gewalt ändern zu wollen.

Der Führer der Sozialdemokratischen Partei, Otto Wels, und Polizeipräsident Paulmeiß von AStin wurden am 22. April abends von Nationalsozialisten überfallen und verletzt. Die nationalsozialistischen Täter, unter Führung des Reichstagsabgeordneten Sey, wurden verhaftet.

Einen Antrag auf Auflösung des Reichsbanners hat die baltische Landtagsfraktion der Kommunisten am 19. April gleichzeitig mit den Nationalsozialisten gestellt. Das Zentralkomitee der KPD hat diesen Antrag nachträglich als einen schweren politischen Fehler gekennzeichnet und den Fraktionsvorsitzenden Leichter seines Amtes enthoben. Immerhin bleibt dieser Antrag als Schandmal kommunistischer Taktik bestehen.

Polizeiliche Hausdurchsuchungen in den kommunistischen Sportbüros in Braunschweig haben zu der Feststellung geführt, daß der verbotene „Rote Frontkämpferbund“ in anderer Form auferstehen sollte.

5 934 000 Arbeitslose wurden am 15. April 1932 noch in Deutschland gezählt. Damit hat sich die Zahl der Arbeitslosen gegenüber dem 31. März nur um rund 100 000 verringert.

Der Reichskanzler Brüning hat in Genf in den letzten Tagen mit dem belgischen Außenminister Dymann, dem französischen Ministerpräsidenten Laval und dem englischen Ministerpräsidenten MacDonald Verhandlungen über die Reparationsprobleme und die Abrüstungsfrage geführt.

Die Zusatzwahlen für den Stadtrat in Zürich (Schweiz) hat den Sozialdemokraten einen großen Erfolg gebracht. Groß-Zürich wird künftig von einer reinen sozialdemokratischen Mehrheit verwaltet werden. Die Sozialdemokraten haben 75 Mandate, sämtliche Bürgerlichen einschließlich der Kommunisten nur 66 Mandate.

In Wien haben die Nationalsozialisten im Anschluß an eine Versammlung einen Sozialdemokraten erstochen. Ein zweiter Sozialdemokrat wurde mit schweren Stichwunden im Rücken und Hinterkopf ins Krankenhaus transportiert.

## Die gelesene

„Gewerkschaft“  
wird nicht weg, sondern gib sie dem Unorganisierten und dem Gegner.

# Öffentlicher Dienst

Fachorgan für die Arbeitnehmer in öffentlichen Betrieben und Gärtnereien

Nummer 18

Berlin, den 1. Mai 1932

3. Jahrgang

## Um die Gemeindearbeiter- und Straßenbahnerlöhne

**Z**um fünften Male seit dem Frühjahr 1931 sollen die Löhne der Gemeindearbeiter gekürzt werden. Nach den Feststellungen des Verbandes stehen heute die Löhne der Gemeindearbeiter in 366 Gemeinden mit 68 100 Beschäftigten unter dem Stande vom 10. Januar 1927.

Die Lohnbildung für die Gemeindearbeiter erfolgte unter ständiger Berücksichtigung der in jedem einzelnen Bezirk für die verschiedenen Industrie- und Gewerbebezweige bestehenden Löhne. Die Rationalisierung hat im übrigen in den Gemeindebetrieben ähnlichen Fortgang genommen wie in der Privatindustrie. Im Rahmen dieser Wertungsgrundlage war jedes Tarifgebiet in Lohngebiete oder Ortsklassengebiete eingeteilt mit einer den Erfordernissen der Betriebe angepassten Anzahl von Lohngruppen für Handwerker, Angelernte, Ungelernte und weibliche Arbeitskräfte. Die Lohnsätze der Gemeindearbeiter haben sich in der Nachkriegszeit im wesentlichen den Grundsätzen angepaßt, die für die Entlohnung und Lohnklasseneinteilung der Gemeindearbeiter in der Vorkriegszeit bestanden. In einem Schreiben des Reichsarbeiterverbandes vom 23. Oktober 1931 an den Herrn Reichsminister der Finanzen heißt es hierzu:

„Die Löhne der Gemeindearbeiter sind von vornherein nicht zentral festgelegt, sondern von den 25 Bezirken unseres Verbandes vereinbart worden. Für die Bildung dieser Bezirke waren nicht nur politische, sondern auch wirtschaftspolitische Gesichtspunkte maßgebend. Durch eine eigene Schiedsstellenordnung war Vorsorge getroffen, daß ein zentraler Ausschuß gewisse einheitliche Grundsätze bei der Lohngestaltung und bei der Lohnbewegung zur Durchsetzung brachte. Die Ortsklassen der einzelnen Bezirke waren nicht den Beamtenortsklassen streng nachgebildet, sondern berücksichtigten die verschiedene wirtschaftliche Struktur und die verschiedene Leistungsfähigkeit der Gemeinden. Ein weiterer wichtiger Unterschied gegenüber dem Lohnsystem des Reiches besteht darin, daß bei uns die Hauptmasse der Arbeiter sich im Ungelernten- und Angelerntenverhältnis befindet; für uns ist daher der Lohn dieser Arbeitergruppen entscheidend. In den meisten unserer Bezirke ist dagegen der Handwerker wesentlich höher gegenüber dem Ungelernten gestellt, als es beim Reich der Fall ist. Das geschah bewußt, um Qualitätsarbeit besonders gut zu bezahlen. Endlich weichen unsere Lohngruppen (Handwerker, Angelernte, Ungelernte) in der Gliederung von denen des Reiches dadurch ab, daß wir im allgemeinen sehr viel weniger Lohngruppen haben, während das Reich 5 und die Reichspost 7 allein für männliche Arbeiter kennt.

Bei diesen grundsätzlichen Verschiedenheiten der Systeme, die beide ihre Vorteile und beide ihre Nachteile haben, ist es erklärlich, daß bei der ersten Angleichung auf Grund des erwähnten Abkommens vom 22. August 1931 unzählige Schwierigkeiten und Meinungsverschiedenheiten aufgetaucht sind. Diese Schwierigkeiten vergrößern sich selbstverständlich bei weiteren Angleichungen entsprechend, weil diese Angleichungen nun immer mehr in die Einzelheiten hineingehen müssen.

Wir ziehen daher aus dieser Erfahrung die Lehre, daß § 7 Abs. 4 Kap. I des Zweiten Teiles der Verordnung vom 5. Juni 1931 nur unter Beförderung wertvoller und auch finanziell durchaus vernünftiger Eigenheiten des Systems der Gemeindearbeiterlöhne durchgeführt werden könnte, und daß es daher, wie schon oben erwähnt, durchaus richtig ist, die Unzumutbarkeit seiner buchstabenmäßigen Durchführung so klar festzustellen, daß aus Unklarheiten hierüber nicht von dritter Seite her Vorwürfe gegen die Reichsregierung oder gegen uns erhoben werden können.“

Trotz dieser Feststellungen fordert das Reichsfinanzministerium die weitere Angleichung an die Reichsarbeiterlöhne und verlangt die volle Durchführung des § 7 Abs. 4 der Notverordnung vom 5. Juni 1931 von den Gemeinden. Angesichts der Notlage, in der sich die deutschen Gemeinden befinden, die in erster Linie auf die riesigen Ausgaben für Wohlfahrtserwerbslose zurückzuführen ist, sahen sich die Gemeinden gezwungen — zu einem erheblichen Teil gegen ihren Willen —, die Lohnsätze der Gemeindearbeiter zum

30. April 1932 zu kündigen. In einem dieser Kündigungsschreiben heißt es ausdrücklich:

„Der Reichsminister der Finanzen hat in verschiedenen an den Reichsarbeiterverband gerichteten Schreiben die Forderung erhoben, nach Ablauf der bis zum 30. April 1932 gültigen Lohnsätze die restliche Angleichung der Löhne der Gemeinden, Gemeindeverbände usw. an die Reichsarbeiterlöhne gemäß den Bestimmungen des § 7 Ziff. 4 Zweiter Teil Kap. I der Reichsversicherungsverordnung vom 5. Juni 1931 durchzuführen. — Durch diese Forderung des Reichsministers der Finanzen werden die im Reichsarbeiterverband zusammengeschlossenen Bezirksarbeiterverbände öffentlicher Verwaltungen und Betriebe gezwungen, die zurzeit laufenden Lohnsätze für die unter ihre Tarifverträge fallenden Arbeitnehmer zum 30. April 1932 zu kündigen.“

Die Bedenken der Gemeinde-Arbeitgeber gegen weitere Lohnkürzungen der Gemeindearbeiter sind im wesentlichen auf den Umstand zurückzuführen, daß im Laufe des Jahres 1931 durch Lohnkürzungen, Arbeitszeitverkürzungen, Entlassungen und Pensionierungen das Lohnkonto ganz erheblich gesenkt worden ist, und daß die Gemeinden eine weitere Senkung der Löhne nicht für tragbar erachten. So ist z. B. der Bruttowochenlohn der Gemeindearbeiter (Handwerker) in Leipzig von 51,36 Mk. am 1. Juli 1930 auf 33,60 Mk. am 1. Januar 1932 gesunken. Für Waldenburg in Schlesien sind die gleichen Zahlen 40,48 Mk. zu 27,20 Mk.; für Berlin 61,24 zu 45,76 Mk.; für Hamburg 58,08 zu 44 Mk. Nach einer Aufstellung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes vom Januar 1932 beträgt der Durchschnittslohn der Gemeindearbeiter (Handwerker) 78,2 gegenüber 89,5 im Reichsdurchschnitt der übrigen Facharbeitergruppen.

Wie gewaltig die Gemeindearbeiter in ihrem Einkommen gekürzt wurden, zeigen nachstehende Zahlen. Die Summe der Arbeiterlöhne einschließlich aller Zulagen und inklusive der Arbeiter städtischer Gesellschaften betrug nach dem Stande vom 1. Januar 1931 pro Jahr 750 Millionen Mark. An direkten Lohnkürzungen sind erfolgt 25½ bis 27½ Proz. Hinzu kommen Lohnersparnisse durch Arbeitszeitverkürzungen, Entlassungen und Pensionierungen. Der Gesamtbetrag der Lohnersparungen inklusive der direkten Notverordnung dürfte mit 33½ Proz. eher zu niedrig als zu hoch berechnet sein. Die Einsparungen beim Arbeiterlohnkonto sind auf mindestens 250 Millionen Mark zu schätzen. Die Gesamtsumme der Einsparungen beim Gehalts- und Lohnkonto der Gemeinden inklusive Beamtenbesoldung erreicht einen Betrag von etwa 900 Millionen Mark bei einer Gesamtlohn- und Gehaltssumme von rund 3 Milliarden Mark. Die Ausgaben der deutschen Gemeinden für die Wohlfahrtserwerbslosen betragen nach dem Stande von Ende Dezember 1931 im Jahresausmaß 1150 Millionen Mark. Die Einsparungen aus Gehalts- und Lohnkürzungen betragen mithin etwa 78 Proz. der gesamten Ausgaben für die Wohlfahrtserwerbslosen.

Die Lohnsatzbesprechungen sind am 14. April 1932 abgebrochen worden, um den Parteien erneut Gelegenheit zu geben, bei den zuständigen Ministerien — besonders beim Reichsfinanzministerium — vorstellig zu werden. Der Gesamt-Verband hat in einer Denkschrift an den Reichsminister der Finanzen erneut um Aufhebung des § 7 Ziff. 4 der Zweiten Notverordnung ersucht.

Am 20. April folgte dann die Aussprache der Vertreter des Gesamt-Verbandes mit dem Reichsfinanzminister über die sogenannte Angleichung der Gemeindearbeiterlöhne. Die gewaltigen Einsparungen auf dem Lohn- und Gehaltskonto der Gemeinden wurden vom Minister anerkannt. Ihnen gegenüber stehe die Notlage der Gemeinden. Der Minister betonte, daß im Hintergrunde

auch noch die Frage der weiteren Verkürzung der Arbeitszeit stehe. Eine Aufhebung dieser Bestimmungen der Notverordnung erscheine ihm im Augenblick nicht möglich. Er halte es aber für notwendig, die Angelegenheit nochmals mit dem Arbeitsminister zu besprechen. Nach dieser Rücksprache würde eine neue Besprechung mit den Vertretern des Gesamt-Verbandes stattfinden.

Die Aussprache hinterließ bei den Arbeitnehmervertretern den Eindruck, daß der Minister die Anträge der Gewerkschaft durchaus würdige. Hinter diesem Teil der Notverordnung stehen aber einzelne hohe Beamte des Reichsfinanzministeriums. Und wie eine Mutter ihr mißgestaltetes Kind am meisten liebt, so hat es den Anschein, als ob die Mütter, oder richtiger wohl die Väter dieses Teiles der Notverordnung alle Kräfte anspannen, um diese Mißgeburt weiter am Leben zu erhalten. Auch wenn es darüber zu einem schweren Konflikt kommen sollte. So geht es nicht. So kann und darf man nicht regieren.

## Staatsarbeiterrecht im Klagges-Reich!

Die „Nationalsozialistische“ Deutsche „Arbeiter“partei rühmt sich, die Vertreterin wirklicher Arbeiterinteressen zu sein. Wo sie aber Gelegenheit dazu hat, versagt sie. Ihre marktschreierischen Worte in die Tat umzusetzen, wäre im Freistaat Braunschweig die beste Gelegenheit. Seit Oktober 1930 ist die Nazi-Partei an der braunschweigischen Regierung beteiligt. Das von ihr betreute Arbeitsministerium müßte sich somit auf die Arbeiterschaft besonders segensreich auswirken. Wenn sie ihren Einfluß auf arbeits- und tariflichem Gebiete bei den Privatarbeitgebern nicht geltend machen kann, so wäre es aber doch ein leichtes, in den eigenen Staatsbetrieben mit gutem Beispiel voranzugehen, um zu zeigen, daß sie zum mindesten bestrebt ist, es besser zu machen als die von ihr verschrienen Marxisten. Aber das, was bis jetzt nach anderthalbjähriger Tätigkeit geleistet wurde, ist nicht für die Arbeiterschaft zu empfehlen.

1. Die „marxistische“ Regierung gewährte den Theaterarbeitern einen überatariflichen Zuschlag, ebenfalls einen höheren Urlaub. Als nun der nationalsozialistische Minister Dr. Franzen an die Regierung kam, war seine erste arbeiterfeindliche Tätigkeit, daß er verfügte, diesen Zuschlag und Mehrurlaub zu streichen.

2. Durch den Regierungswechsel glaubten nun auch die im Landeskrankenhaus tätigen Diakonissen, daß sie nunmehr das Pflegepersonal wieder so behandeln könnten, wie es einst zur Zeit der Gefindeordnung der Fall war. Die Wärterinnen werden mit „Straßenkottchen“, und da viele der neuen Haartracht huldigen, mit „wild gewordener Handfeger“ tituliert. Fortschrittlich eingestellten Wärterinnen, wenn sie einmal krank werden, wird das Arbeitsverhältnis wegen Mangel an Eignung gekündigt. Eine Wärterin, die zu Weihnachten 1930 krank wurde und nicht zum christlichen Glauben neigt, bekam als Weihnachtsgeschenk eine Bibel von den Schwestern geschenkt und vier Wochen später die Kündigung des Dienstverhältnisses. Persönliche Freiheiten hängen von der Gnade der Diakonissen und der Ärzte ab, die nationalsozialistisch eingestellt sind.

3. In diesem Betriebe war ein „marxistischer“ Verwaltungsinspektor, der noch vieles verhindern konnte, aber leider verunglückte dieser im März 1931 tödlich. Es kam ein Nachfolger, der sich nun auch in den Dienst der nationalsozialistischen Regierung stellte und das nachzulesen versuchte, was sein Vorgänger immer noch verhinderte, nämlich die Mißachtung des Arbeitsrechts. Der neue Verwaltungsinspektor, ein Befehlsgewaltiger vom Scheitel bis zur Sohle, der erst zwölf Jahre den Kasernenhof als Betätigungsfeld hatte, dann zur Landgendarmarie ging und später Strafanstaltsinspektor wurde, glaubte nunmehr, seine Befehlsgewalt an freien Arbeitern auszuüben, wie in seinem bisherigen Betätigungsfeld es seine Untergeordneten ohne Freiheit tun mußten. Wenn die Wirtschaftlerin einem Küchenmädchen eine Ohrfeige gibt, wie es geschehen ist, so scheint das bei ihm in der Ordnung zu sein.

4. Der Leidensweg der Arbeiterschaft des Landkrankenhauses nahm nun seinen Anfang. Alles was als marxistisch verdächtig schien, sollte nun auch zu spüren bekommen, daß ein nationalsozialistisches Regiment am Ruder ist, aber nicht um Arbeiterinteressen zu vertreten, sondern sie zu zertreten. Eine Arbeiterin wurde gekündigt, angeblich wegen Mangel an Arbeit. Sie erhob Einspruch, dieser wurde vom Betriebsrat für berechtigt erklärt.

Die Gemeinbearbeiter haben genau wie die Gemeindebeamten im Laufe des letzten Jahres ungeheure finanzielle Opfer gebracht, die man billigerweise auch im Reichsfinanzministerium anerkennen sollte. Es ist politisch und volkswirtschaftlich unerträglich, einer einzelnen Gruppe von Arbeitnehmern Belastungen aufzuerlegen, die über das Maß dessen hinausgehen, die die Notzeit leider der deutschen Arbeitnehmerschaft auferlegt hat.

In der Zwischenzeit sind in den Bezirken die Verhandlungen sowohl über die Lohn- wie über die Manteltarifverträge aufgenommen worden. Nach den bis zum Redaktionsschluß vorliegenden Mitteilungen ist eine Verlängerung der Lohnrate nur in Hamburg, und zwar bis zum 31. Mai 1932 erfolgt. Verlängerungen der Bezirksmanteltarifverträge und Zusatzabkommen der RMT. G 8 und RMT. V 5 sind bisher erfolgt für die Bezirke Berlin, Freistaat Sachsen, Bayern, Württemberg und Westfalen. Die Verhandlungen mit dem Finanzminister werden zu Beginn dieser Woche fortgesetzt.

Bei der Klage vor dem Arbeitsgericht bediente sich der Oberinspektor zur Beweisführung der Polizei. Er beauftragte die Polizei, bei dieser Arbeiterin Ermittlungen anzustellen, wie sie ihr verdientes Geld verbraucht und an welcher Krankheit sie leidet. Die Polizei ging zu dem Arzt, bei dem ihr Mann arbeitet und erkundigte sich, wieviel Lohn er verdient, ob er voll oder verkürzt arbeitet und wann er zuletzt krank gewesen ist. — Also Zustände, wie man sie selbst im monarchischen Staate kaum gekannt hat. Leider wurde die Arbeiterin wegen Doppelverdienens mit ihrer Klage abgewiesen.

5. Eine andere Arbeiterin wurde ebenfalls wegen angeblichen Arbeitsmangel entlassen. Das Arbeitsgericht gab dem Kündigungseinspruch statt. Sie mußte wieder eingestellt werden oder 122 Mk. Entschädigung erhalten. Der Oberinspektor teilte nun den anderen Arbeiterinnen mit, daß, wenn die Entlassene wieder eingestellt würde, sie verkürzt arbeiten müßten. Die Entschädigung könne wegen Mangel an Mitteln nicht gezahlt werden. Nun gingen die Arbeiterinnen an zu sammeln, um die Abfindungssumme aufzubringen, damit sie nicht verkürzt arbeiten brauchten. Durch den Einspruch des Betriebsrats und der Organisation wurde diese Sammlung eingestellt und die Entschädigung von der Staatskasse gezahlt.

6. Eine Wärterin klagte auf Bezahlung der Ueberstunden. Die Arbeitszeit ist tariflich zehn Stunden pro Tag und gearbeitet werden zwölf Stunden. Sie bekam recht, aber die Folge war die Kündigung. Wegen bevorstehender Verheiratung erhob sie keinen Einspruch.

7. Ein Betriebsratsmitglied wurde gekündigt, ohne daß die betriebsratsgesetzlichen Bestimmungen beachtet wurden. Verband und Betriebsvertretung wehrten sich gegen solche Mißachtung der gesetzlichen Bestimmungen. Die Kündigung wurde zurückgenommen und ein Antrag an das Arbeitsgericht um Ersatz Zustimmung gestellt. Mit faßenscheinigsten Argumenten wurde dieser Antrag begründet. Inzwischen hatte der günstige Wind der Organisation ein Schreiben des Oberinspektors an die Regierung zugeweht, aus dem hervorging, nach welchem System die Entlassung und Einstellung von Arbeitern in Zukunft vor sich gehen solle. Das Arbeitsgericht gab dem Antrag nicht statt und dieser Kollege ist heute noch im Dienst.

8. Um den vorhergehenden Fall zu rächen, sollte nun ein anderes Betriebsratsmitglied daran glauben. Am 4. November 1931 verfügte Klagges die fristlose Entlassung des Telephonisten, weil er nach Ansicht des Ministers hinreichend verdächtig erschien, der Organisation ein amtliches Schriftstück in die Hände gespielt zu haben. Die Klage vor dem Arbeitsgericht endete mit der Verurteilung des braunschweigischen Staates. Das Arbeitsverhältnis des Kollegen besteht über den 4. November hinaus weiter. Der Staat verzichtete auf seine Arbeitskraft und zahlte ihm den Monatslohn ohne Gegenleistung.

9. Da durch die Notverordnung vom 8. Dezember 1931 das Amt der Betriebsvertretungen um ein Jahr verlängert ist, muß dem Kollegen zu 8 der Lohn für die Dauer seiner Amtsperiode weitergezahlt werden. Nun wurde nach Mitteln gesucht, sich von dieser Lohnzahlung zu drücken. Am 26. Februar verfügte Klagges erneut die fristlose Entlassung. Während seines Telephondienstes soll der Kollege eingenommenes Telefongeld nicht abgeführt und sich somit der Unterschlagung schuldig gemacht haben. Ein Strafverfahren wegen Verbrechen nach den §§ 350, 351 und 359 des

Strafgesetzbuches ist eingeleitet, aber vom Staatsanwalt wieder eingestellt worden. Die Arbeitsgerichtsklage schwebt noch.

10. Der tödlich verunglückte Oberinspektor stellte für die Wäscherei und Schneiderei einen Fachmann mit der Beaufsichtigung ein. Seit dem 1. Oktober 1929 hat er seine Arbeit zur Zufriedenheit ausgeführt. Aber ein nationalsozialistischer Oberinspektor kennt keine Zufriedenheit und so wurde auch diesem Kollegen unter fadenscheinigen Gründen gekündigt. Das Arbeitsgericht gab auch hier dem Einspruch statt und verurteilte den Staat zur Weiterbeschäftigung oder Entschädigungszahlung.

Für den entlassenen Telephonisten (zu 8) hat man jetzt einen Herrn eingestellt, von dem behauptet wird, daß er es mit der Ehrlichkeit nicht genau nimmt. Wenn dies alles unter einem „marxistischen“ Regiment geschehen wäre, wären die Nazibonzen aus der Haut gefahren, aber so scheint alles in schönster Ordnung zu sein.

Darum Kolleginnen und Kollegen, folgt nicht den Phrasendreschern vom Dritten Reich. An diesen wenigen Beispielen ist zu erkennen, welche Marschrichtung die „Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei“ in bezug auf das Arbeitsrecht einzuschlagen gedenkt. Es hat mit sozialer Gerechtigkeit und Freiheit nicht das geringste zu tun.

Gegen solche Mißachtung der Arbeiterrechte muß Front gemacht werden. Es ist darum mehr denn je notwendig, die Macht des Gesamt-Verbandes zu stärken. Gebt allen noch fernstehenden Kollegen diese Beispiele bekannt und weist darauf hin, daß, wenn die Organisation nicht gewesen wäre, die Kollegen schwer geschädigt worden wären.

Otto Maag.

### GAS • ELEKTRIZITÄT • WASSER

Duisburg. Die Mitglieder der Sektion Gas, Elektrizität, Wasser nahmen in ihrer Versammlung am 15. April zu dem seitens des Arbeitgeberverbandes gekündigten Tarifvertrag Stellung. Sie protestieren entschieden gegen das rigorose Vorgehen des Arbeitgeberverbandes und erwarten von den vertragsschließenden gewerkschaftlichen Organisationen, daß sie alles aufbieten, um den Bestrebungen des Arbeitgeberverbandes in einer weiteren Senkung des Lohnes mit allen gewerkschaftlichen Mitteln entgegenzutreten. Der Arbeitgeberverband soll sich in seinen Abbaumaßnahmen nicht fäulden; denn die Arbeiterschaft ist nicht gewillt, eine weitere Verkürzung des Lohnes und der sozialen Belange des Tarifvertrages in den Kauf zu nehmen, sondern wird dann vom letzten Mittel des gewerkschaftlichen Kampfes Gebrauch machen. Die Forderungen, die hieraus entstehen, lehnt selbstverständlich die Mitgliedschaft ab, weil sie dann auf das Konto des Arbeitgeberverbandes zu buchen sind. Die obengenannten Mitglieder glauben, schon jetzt der Öffentlichkeit davon Kenntnis geben zu müssen, weil die Duisburger Bevölkerung durch den Abwehrkampf in Mitleidenschaft gezogen wird.

Essener Tagung der Gas- und Wasserfachmänner. Am 30. und 31. Mai hält der „Deutsche Verein von Gas- und Wasserfachmännern“ in Essen seine 73. Hauptversammlung ab. Wie nur wenig andere Orte in Deutschland ist gerade das Kohlenrevier für eine Tagung, die sich mit den Fragen der Gas- und Wasserversorgung befaßt, geeignet. Namentlich in der Wasserwirtschaft hat das Ruhrgebiet Vorbildliches zu bieten. In der Trink- und Gebrauchswasserversorgung und in der Abwässerbeseitigung waren hier Aufgaben zu lösen, wie sie in diesem Umfang und mit diesen Schwierigkeiten anderswo noch nicht aufgetaucht sind. Trink- und Gebrauchswasser können im wesentlichen nur der Ruhr und ihrem Grundwasserstrom entnommen werden und mit dem nicht unbegrenzten Wasserhaushalt muß wirtschaftlich umgegangen werden. Zur Sicherung eines ausreichenden Wasservorrats wurde schon 1897 der alle Interessenten zusammenfassende Ruhrtalesperrenverein gegründet. Er hat bisher auch in den wasserärmsten Sommermonaten immer eine ausreichende Wasserversorgung sichern können. Hand in Hand mit dem Ruhrtalesperrenverein arbeitet der Ruhrverband. Hat jener für den Wasserbestand zu sorgen, so obliegt diesem die Reinhaltung des Ruhrwassers. Er hat zahlreiche Anlagen zur mechanischen und biologischen Reinigung des Wassers errichtet. Aber auch die Abwässerbeseitigung, wenn sie rationell betrieben werden soll, kann eigentlich nur eine übergemeindliche Angelegenheit sein. Emscher und neuerdings die Lippe sind nicht zuletzt auch nach der Bodengestaltung des Industriegebietes die bedeutendsten Abwässerflüsse und Vorfluter. Emschergenossenschaft und Lippeverband sind die beiden genossenschaftlichen Verbände, die die Anlagen für die Abwässerbeseitigung und Regelung der Dorflut einzurichten und zu unterhalten haben. Im Gebiete der Wupper hat der Wupperverband entsprechende Aufgaben. Zum Ruhrgebiet zählt auch noch das Bergbaugebiet am linken Niederrhein, in dem sich die Linksrheinische Entwässerungsgenossenschaft betätigt. Ihr Arbeitsgebiet überschneidet sich zum Teil mit dem

des Niedersverbandes. Die meisten dieser wasserwirtschaftlichen Verbände haben ihren Sitz in Essen. Auch ihre Dachgesellschaft „Wasserwirtschaft Ruhrkohlenbezirk G. m. b. H.“ hat Essen als Sitz. Auch das zweitgrößte deutsche Wasserwerk — das größte sind die Berliner Städtischen Wasserwerke — das Wasserwerk für das nördlich-westfälische Kohlenrevier, befindet sich im Ruhrgebiet. Aber auch dem Gasfachmann wird die Essener Tagung zahlreiche praktische Anregungen geben können, da hier das Hauptverbreitungsgebiet der so stark umtrittenen Ferngasversorgung liegt. Große technische Einrichtungen sind für die Sammlung, Reinigung und Fortleitung des Ferngases geschaffen worden, die auch dem Gaswerksleiter zweifellos manche Anregung bieten können. Auch in bezug auf die Gasveredelung steht das Ruhrgebiet infolge der großen Gasmengen, die hier zur Verfügung stehen, und der umfangreichen gasverbrauchenden Industrie mit an der Spitze. Dauern werden Versuche angestellt, neue Möglichkeiten des Gasverbrauches zu erschließen und dadurch den Gasabsatz zu erweitern. Auch hier handelt es sich um Probleme, die jedes Gaswerk stark interessieren.

### Reichs- und Staatsarbeiter

Änderung der Richtlinien für Gedingearbeiteten. Da der Neuabschluss für die Ausführung von Arbeiten im Gedinge im Bereich des Reichswehrministeriums Mitte Januar 1931 erfolgte, wurden die einzelnen Bestimmungen des damals geltenden Lohnabkommens für die Reichsarbeiter zugrunde gelegt. Da mit Wirkung vom 1. Juni 1931 ab für die Reichsarbeiter das Lohnsystem der Reichspostarbeiter übernommen wurde, waren die Bestimmungen in Ziffer 4 Abs. 1 der Richtlinien für Gedingearbeiteten nicht mehr zutreffend. Es mußte demzufolge nunmehr eine Anpassung der Bestimmungen in den Richtlinien an die veränderten Verhältnisse erfolgen. Es ist daraufhin jetzt im Heeresverordnungsblatt Nr. 9 vom 2. März 1932 folgende Abänderung veröffentlicht worden:

„Im Erlaß vom 14. Januar 1931 (S. 15 Nr. 32) ist in Ziffer 4 dritte Zeile „§ 10 Ziffer 1 und 2 und § 11 des ZAR.“ zu streichen und dafür zu setzen: „§ 10 Ziffer 1 und §§ 11 und 13 des ZAR.“ — 2. Zwischen dem 1. und 2. Absatz dieser Ziffer ist einzufügen: „Die Zuschläge für nicht vollbeschäftigte Gedingearbeiteten sind, sofern die Voraussetzung des § 10 Abs. 2 des ZAR. gegeben ist, nur aus dem Tabellenlohn (also ohne alle Zuschläge, auch Ortslohnzulage) zu berechnen.“ Der Reichswehrminister. (29. März 1932. V. 1. III.)“

Damit dürften die zurückliegend eingetretenen Schwierigkeiten nunmehr endgültig ihre Erledigung gefunden haben.

### RUNDSCHAU

„Rationalisierung in den Gemeindeverwaltungen. Wir erhielten folgende Zuschrift:

„In Nummer 15 des „Öffentlichen Dienstes“ vom 9. April beschäftigen Sie sich mit dem Pressebericht, den der Langnam-Verein über eine kommunalpolitische Aussprache in Düsseldorf herausgegeben hat. Der Pressebericht ist, wenigstens soweit mein Gegenferat zu dem Referat des Herrn Dr.-Ing. Eide in Betracht kommt, unvollständig. Es ist z. B. darin mit keinem Worte von meiner eingehenden Kritik an den Ausführungen des Herrn Eide die Rede. Durch ein technisches Versehen ist mir außerdem eine entsetzliche Kritik an der Höherstufungspolitik der Gemeinden zugeschrieben worden, obwohl ich darüber keine Silbe verloren habe. Ich habe im Gegenteil, wie schon in meinen Vorträgen im Januar vor der Interessengemeinschaft staatlicher und kommunaler Elektrizitätswerke und im April vor dem Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit, auch in Düsseldorf vor einer weiteren einseitigen Kürzung der Bezüge der Arbeitnehmer der öffentlichen Hand dringend gewarnt. Auch meine grundsätzliche Auffassung, daß in den werdenden Betrieben der öffentlichen Hand Beamte vor Fachangestellten und Facharbeitern zurücktreten müssen, ist durch die Art der Berichterstattung in ein schiefes Licht gerückt. Ich habe beim Langnam-Verein Beschwerde eingelegt und erwarte von ihm eine Berichtigung seiner Darstellung. Ihnen wäre ich dankbar, wenn Sie in Ihrer Zeitschrift im Interesse der Arbeit meiner Gesellschaft für die deutschen Städte erklären wollten, daß Ihre kritischen Bemerkungen entfallen, soweit Sie durch jene Berichterstattung irreführend worden sind. Zum Nebenfluß möchte ich noch bemerken, daß ich bezüglich der notwendigen sozialen Haltung der Gemeindebetriebe auf demselben Standpunkte stehe wie Herr Staatssekretär Staubinger in seinem neuen Buche über den Staat als Unternehmer: der Gemeindebetrieb soll sozialer Musterbetrieb sein, soweit es sich mit dem Wohl und Wehe der Gesamtbevölkerung verträgt.“

Mit vorzüglicher Hochachtung! gez. van Aubel.“

Wir nehmen die Zuschrift des Herrn van Aubel sehr gern zur Kenntnis. Die Berichte der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ und der „Deutschen Bergwerkszeitung“ haben uns zu unseren Ausführungen veranlaßt. Die Darstellung des Herrn van Aubel beweist erneut, wie es um die Wahrheitsliebe dieser von Großkapitalisten ausgehaltenen Zeitungen bestellt ist, wenn es gilt gegen die öffentliche Wirtschaft und gegen die Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe Stellung zu nehmen. Dann ist dieser Gesellschaft selbst das Mittel der Fälschung von Versammlungs- bzw. Konferenzberichten recht.

# GÄRTNEREI • PARK • FRIEDHOF

## Arbeitsbeschaffung durch gärtnerische Siedlung?

Die Reichsregierung läßt durch die Tagespresse bekanntgeben, daß sie ein großzügiges Siedlungswerk im Osten Deutschlands plant. Zwei Millionen Morgen Land, die trotz „Osthilfe“ und sonstiger Hilfsmaßnahmen den bisherigen verschuldeten Eigentümern nicht erhalten werden können, sollen der Ansiedlung von zehntausenden Landarbeitern und Bauernsöhnen dienen, und trotz aller Nöte der Wirtschaft und schwieriger Finanzen des Reichs soll die Regierung entschlossen sein, die erforderlichen Mittel bereitzustellen. Neue Siedlungsformen sollen ohne bürokratische Hemmungen und überflüssigen Schematismus für dieses Werk gefunden und die „Bereitschaft weiter Kreise zur Mitarbeit in allerlei Formen von Gemeinschaften voll ausgewertet“ werden. Gesetzgeberische Maßnahmen werden als vorbereitet angekündigt, sie sollen sofort nach der Rückkehr des Reichskanzlers von der internationalen Abrüstungskonferenz im Kabinett verabschiedet werden. — Diese überraschende Ankündigung wird auch viele Gärtnerherzen wieder etwas schneller schlagen machen; denn naturgemäß sind die Gedanken schnell dabei, zu erwägen, ob bei diesem Plan nicht auch die Gärtner sinngemäße Berücksichtigung finden könnten. Die Betonung der „Bereitschaft weiter Kreise zur Mitarbeit“ und der „neuen Siedlungsformen“, die dabei gefunden werden sollen, drängt die Gedanken geradezu nach jener Richtung.

Zwar hat unter den Gärtnern der Begriff „Siedlung“ im allgemeinen keinen sonderlich guten Klang, weder bei den Unternehmern, noch bei den Arbeitnehmern.

Die als Unternehmer von den verlockenden Gärtner-Siedlungsprojekten in den letzten Jahren sich haben verleiten lassen, stöhnen und ächzen heute unter viel zu hohen Lasten und Verpflichtungen, die jene „großzügigen“ Siedlungsunternehmen im Gefolge hatten. Und die Arbeitnehmer haben bis jetzt noch nicht die guten Arbeitsstellen entdecken können, die angeblich mit den Gärtner-Siedlungen kommen sollten. Wenn hier und da mal ein Gehilfe im Siedlungsbetriebe Arbeit fand, dann unter den allererschändlichsten Arbeitsbedingungen. — Wir erinnern auch an die Kennzeichnung, die der beste Kenner und Sachverständige auf diesem Gebiete, Tenhaeff-Straelen, in dem Lehrgang „Arbeitslosigkeit und Siedlung“ im vorigen Jahre gegeben hat (vgl. Öfftl. Dienst 1931, Spalte 237) und die dahin ausklingt: Von der gärtnerischen Siedlung ist zur Lösung des Arbeitslosenproblems nichts zu erwarten. Die „Erfolge“ mit der gärtnerischen Siedlung waren denn auch für die betreffenden Regierungsstellen so erschütternd, daß sie beschloßen, Gelder für diese Siedlungsform nicht mehr herzugeben. Und auch die dann aufgenommenen Stadtrand-Siedlungen haben keine günstige Aufnahme bei den Gärtnern gefunden, ist doch die beabsichtigte psychologische Wirkung auf die Arbeitslosen im allgemeinen nur eine schwache. Auch die mehr von privatkapitalistischen Interessen beeinflusste Nebenberufsstellung kommt für gärtnerische Arbeitnehmer nur sehr selten in Frage, weil das hier für lange Zeiten vorausgesetzte Kurzarbeit-System in gärtnerischen Betrieben nicht gut auf die Dauer vorstellbar ist.

Wenn somit in den bisherigen Siedlungsformen von gärtnerischer Seite keine mit nennenswertem Erfolge gangbaren Wege gesehen werden konnten, so glimmt doch bei jedem Gärtner gewissermaßen im Unterbewußtsein der Gedanke, daß doch auch durch gärtnerische Arbeit einem gesunden Siedlungswerk genutzt werden könnte. Manche Berufsgenossen und auch andere leichter sich begeisternde Zeitgenossen meinen sogar, die Gärtner hätten als Lehrmeister unseres „zum Boden drängenden“ Volkes eine große Mission zu erfüllen, die sie nur noch nicht erkannt hätten. Gewiß, auch aus Mißerfolgen sollen Lehren gezogen werden; aber ob deshalb gleich die vom Erfolg verblödeten Gebliebenen zu Lehrmeistern taugen? Also begnügen wir uns damit, das Problem erst mal mitklären zu suchen, in welcher Form eine Ansiedlung recht vieler Gärtner und Gärtnerarbeiter, also Arbeitsbeschaffung durch gärtnerische Siedlung möglich wäre. —

Gehen wir von der Erkenntnis des schon erwähnten Sachverständigen Tenhaeff, von dem Wesen und Werte der gärtnerischen Siedlung als privatkapitalistisches Unternehmen aus, so haben wir festzuhalten: „Erfolgsversprechend ist eine solche nur als Kleinbetrieb mit Familienbewirtschaftung“, also nur in der ältesten und rück-

ständigsten Wirtschaftsform. Diese schließt aber eine die Nöte der Arbeitnehmer lösende Arbeitsbeschaffung in größerem Maßstabe aus. Wollen wir aber diese, dann kann nur eine grundsätzliche andere Form, eine andere Art der Wirtschaft uns helfen. Und neue Formen sind bei dem Plan der Regierung ja gerade erwünscht, an ihre Schaffung wird ausdrücklich appelliert. Diese Gedanken führen zwangsläufig zu den Formen der Arbeitsgemeinschaft. — Aha! „Arbeitsdienst“ hör' ich schon rufen und sage dazu: Nein, nicht der schwebt mir vor; denn der führt, wie deutlich genug erkennbar, zu jener gewissen Art von „Dienstpflicht“, an die jeder, der die Vorzüge des alten Preußens noch genossen hat, sich nur mit Ingrimm und Abscheu erinnert. Wirklich freiwillige Arbeit für eine Gemeinschaft, wie sie uns vorschwebt, kann nur auf produktionsgenossenschaftlicher Grundlage erwachsen! —

So gesehen erweckt der Siedlungsplan der Regierung wohl auch Interesse und Hoffnungen für den arbeitslosen Gärtner und Gärtnerarbeiter und gewinnt auch ein Plan an Interesse, mit dem Prof. Maurer-Dahlem vor einer Gesellschaft von Siedlungssachverständigen grundsätzliche Zustimmung gefunden hat. Dieser Plan sieht Ansiedlung von Berufsgärtnern zunächst in der Form landwirtschaftlicher Selbstversorgung vor. Darüber hinaus soll nur ein verhältnismäßig kleiner Teil des Siedlungslandes mit gärtnerischen Kulturen bestellt werden; zu dem einen Zweck, aus diesen die Geldmittel für die über die Ernährung hinausgehenden menschlichen Bedürfnisse zu erzielen, aber auch zu dem anderen Zweck, mit diesen Kulturen die hauptsächliche und zukünftige Aufgabe dieser Siedlung, nämlich planmäßig je nach Boden, Klima und Lage einzurichtende gärtnerische Produktionszentren zu schaffen.

Dieser Siedlungsgedanke kann gewiß auch auf privatkapitalistischer Grundlage durchgeführt und verwirklicht werden, aber — diese Wirtschaftsform wankt zwar noch nicht, aber sie ist stark erschüttert. Darum muß es locken, die hier gestellten Aufgaben in neue Formen zu gießen und die geplante neue Siedlungswirtschaft auf die an sich nicht mehr neue, aber auf diesem Gebiete doch noch recht wenig gewählte und erprobte, darum hier doch noch neue Grundlage der produktionsgenossenschaftlichen Arbeit zu stellen. In dieser Form, bei der Einzelheiten freilich noch sehr eingehend, vorsichtig und nüchtern zu prüfen wären, ließe sich dann gewiß auch für eine größere Anzahl unserer Kollegen Arbeit beschaffen.

## Fachblattwerbung

Die Werbung für unser „Gärtner-Fachblatt“ begegnet heute zweifellos erheblichen Schwierigkeiten. An erster Stelle steht die furchtbare Arbeitslosigkeit unserer Kollegen, und auch die bange Sorge um seine und seiner Familie Existenz läßt so manchen noch in Arbeit stehenden Kollegen vom Bezuge des Fachblattes Abstand nehmen. Auch ist beim Postbezug die stetige Einflußnahme der Kollegen untereinander nicht mehr so ohne weiteres gegeben. Und so intensiver aber muß nun notwendigerweise die Werbung betrieblen werden unter den Kollegen, die noch in einigermaßen gesicherter Arbeitsstellung sind oder wieder in Arbeit kommen. Denen erwächst jetzt in noch höherem Maße die Pflicht, das Fachblatt, unser eigenes Werk, zu stützen, es über die Krisenzeit hinwegzutragen. Bei dem so stark herabgesetzten Bezugspreis gibt es auch hier keinen stichhaltigen Einwand mehr.

Um die zu steigende und fortbauende Agitation nach bester Möglichkeit noch zu erleichtern, hat die Leitung der Reichsfachgruppe beschloßen, den neugewonnenen Beziehern zunächst das laufende Vierteljahr hindurch das Fachblatt unentgeltlich zuzustellen, d. h. die Reichsfachgruppe trägt im ersten Vierteljahr das Porto und erspart bei verspätet erfolgten Bestellungen den Kollegen die postalische Nachgebühr. Vom nächsten Quartalsbeginn ab ist dann der Postbezug zu bestellen.

Wir bitten nun unsere Fachblattbewerber, künftigt Bestellschein und Bezugsgeld (evtl. in Briefmarken) an die Reichsfachgruppe „Gärtner, Park, Friedhof“, Berlin SO 16, Michaelkirchplatz 4, einzusenden.



# An alle Gewerkschaftsmitglieder!

Am 1. Mai schaut die zerrüttete Welt auf eine Armee von Arbeitslosen, die auf 25 Millionen geschätzt wird. Fast jeder vierte von ihnen ist ein Reichsdeutscher. In der Fülle von Sorgen steht das Problem der Arbeitsbeschaffung und des Unterhalts der Erwerbslosen im Vordergrund.

Nicht nur materielle Not lastet drückend auf den Schultern der Arbeitslosen und ihrer Familien. Die Jugend verliert durch erzwungene Arbeitsentwöhnung die berufliche Qualität, auf der zum großen Teil die wirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit und kulturelle Höhe unseres Landes beruht, und die Arbeitslosen insgesamt und die vielen, die ein gleiches Los befürchten müssen, verlieren jegliche Zuversicht, wenn nicht das Uebel aufgehalten und nach Kräften beseitigt wird.

Interessentenkreise, die in dieser Not eine Gelegenheit sehen, zurückzusteuern in die für sie so bequemen Zeiten ungehemmter kapitalistischer Willkür, benutzen die verzweifelte Stimmung, um mit der Losung der nationalen Selbstbehauptung gegen das „System“, wie sie es nennen, Kräfte für sich mobil zu machen, die ihrem Schicksal nach in die Reihen der Arbeiterbewegung gehören.

Zustände und Staatsformen, die ein Volk von Analphabeten eben noch ertragen würde, preisen sie als Heilmittel und Weg zur Befreiung.

Zur Erreichung dieses Zieles scheuen sie sich nicht, Millionen von Arbeitern als Deutsche minderen Grades zu verleumden und so das Volksbewußtsein zu vergiften.

Damit wird es klar genug, daß die Existenz des Staates selbst aufs stärkste beeinflußt wird von der Lösung des Problems der Arbeitsbeschaffung und Fürsorge für die Erwerbslosen.

Das private Kapital hat in dieser harten Prüfungszeit versagt.

Von den öffentlichen Gewalten aber müssen wir verlangen, daß sie vor allem durch gesetzliche Beschränkung der Arbeitszeit auf höchstens vierzig Stunden pro Woche und durch öffentliche Arbeiten so viele Köpfe und Hände wie möglich in Lohn und Brot zu bringen. Jede erlangbare Arbeitsmöglichkeit muß denen verschafft werden, die verzweifelt die Stempelsteine bevölkern.

In der Erfüllung dieser Aufgabe muß wahre Volksverbundenheit sich zeigen. Die deutschen Gewerkschaften werden nicht aufhören, für dieses Ziel zu kämpfen. Die deutsche Arbeiterbewegung, die auf eine an Leistung und Opfern reiche Geschichte zurückschaut, muß und wird in dieser schweren Zeit der Erschütterung aller Verhältnisse den Pfad bahnen zu einer besseren Zukunft, zu einer geänderten Wirtschaft, die jedem Arbeit und Brot gibt.

Mehr denn je haben die deutschen Arbeiter und Angestellten in den politischen Kämpfen dieser Tage ihre sprichwörtliche Treue zu ihren Organisationen bewiesen. Sie werden diese erneut zum Ausdruck bringen durch machtvolle Kundgebungen am 1. Mai.

**Tretet an in Massen! Demonstriert für Arbeitsbeschaffung und Vierzigstundenwoche, für Frieden und Völkerverständigung**

**Es lebe der Feiertag des arbeitenden Volkes!**

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund. — Allgemeiner freier Angestelltenbund.

# An die Arbeiter der ganzen Welt!

Am 1. Mai, dem hohen Feiertag der Arbeit, erhebt der Internationale Gewerkschaftsbund seine Stimme, um den hehren Gedanken der internationalen Solidarität aufs neue und aufs nachdrücklichste zu bekunden.

Allüberall hin, über alle Schranken und Grenzen hinweg, möge dieser Ruf ertönen, ein Kampfruf, der alle Kräfte der Arbeiterschaft im Kampfe gegen den Kapitalismus stärken soll. Alle sollen sich bewußt werden, daß es noch eine Kraft gibt, die imstande ist, die Gesellschaft vor dem Untergang zu bewahren, sie aus höchster Not zu erlösen und eine neue Welt zu schaffen. Das noch bestehende kapitalistische Wirtschaftssystem kann kaum noch als das herrschende angesehen werden, da es die Herrschaft über die eigenen Produktionsmittel, über die Technik und seinen Gütertausch verloren hat. Der sich seiner Wirtschaftlichkeit rühmende Kapitalismus ist zum größten Vergeuder geworden. In den Händen der Kapitalistenklasse wurde die Technik zum Fluche. In ihrer Ratlosigkeit zerstören die Leiter der heutigen Wirtschafts- und Staatspolitik durch Abschnürung und Aufrichtung neuer Schranken die Reichtümer, die der Kapitalismus selbst geschaffen hat. Er vermag die ruhenden Arme nicht mehr in Bewegung zu setzen und dabei verrotten seine Maschinenanlagen.

Es gilt an diesem Feiertag der Arbeit, unseren unbezwingbaren Willen zum Ausdruck zu bringen, unsern Arbeitsbrüdern, die außerhalb des Arbeitsprozesses stehen, Arbeit zu verschaffen. Alles, was diesem Zweck dienlich ist, muß getan werden; deshalb erhebt der Internationale Gewerkschaftsbund die Forderung nach einer allgemeinen Arbeitszeitverkürzung und der Einführung der Vierzigstundenwoche. Gleichzeitig muß alles aus dem Wege geräumt werden, was der Beseitigung der Arbeitslosigkeit hinderlich ist. An Stelle der Fehlrationalisierung trete planvolle Leitung, Zusammenschluß ersetze Abschnürung, Menschenökonomie beseitige Verwüstung und Brachlegung der Arbeitskraft. Im Namen seiner vierzehn Millionen Mitglieder und für die fünfundsiebenzig Millionen Erwerbslosen in der Welt fordert der Internationale Gewerkschaftsbund, daß aus dem Versagen der kapitalistischen Wirtschaft die zwingenden Folgerungen gezogen werden.

Am Feiertag der schöpferischen und wertschaffenden Arbeit erheben wir die Forderung nach Beseitigung der unproduktiven Militärrüstungen, die in sich selbst eine ständige Gefahr des Krieges und seiner Schrecken bedeuten. Den Ruf „Nie wieder Krieg!“ verstärken wir durch die Parole: Vernichtet die Mittel des Krieges! Die Welt darf nicht den Dividenden der Rüstungsindustrie geopfert werden. Alle Völker müssen sich gegen ihren gemeinsamen Feind wenden: die Rüstungsindustrie. Wir rufen das Gewissen der Menschheit im Namen der Millionen Kriegsoffer wach. Der Profitgier der Waffenfabrikanten, die von Tod und Zerstörung leben, setzen wir den entschiedenen Friedenswillen der Werktätigen und Schaffenden entgegen.

Noch nie ist so klar wie in dieser Krisenzeit, die mit der Gefahr des Krieges und des Faschismus schwanger geht, die gegenseitige Abhängigkeit der Völker und die Notwendigkeit internationaler Solidarität zutage getreten, noch nie hat sich so unabweisbar die internationale Lösung der wirtschaftlichen und sozialen Probleme aufgedrängt.

Einiger und entschlossener als je muß das internationale Proletariat in dieser Zeit sein; denn von niemand anderm als von ihm selbst wird der Anstoß zur Bessergestaltung der Dinge erwartet.

**Gegen Krieg, Munitions- und Rüstungskapitalismus! / Für Frieden, Völkerverständigung und Abrüstung / Gegen kapitalistische Anarchie, Arbeitslosigkeit und Hunger!**  
**Für planmäßige Gemeinwirtschaft, Arbeit und Brot für alle!**

Der Internationale Gewerkschaftsbund.

# Internationale Gewerkschaftskonferenz zur Weltwirtschaftskrise

Die in Nr. 16 der „Gewerkschaft“ bereits angekündigte Internationale Gewerkschaftskonferenz ist am 16. und 17. April in Genf abgehalten worden.

In der Eröffnungsansprache deutete der Vorsitzende des IGB., W. M. Citrine, angesichts des Elends und der Not der Krise den Sinn der Konferenz dahin, daß die Gewerkschaften der ganzen Welt ohne Unterschied ihre Kraft geschlossen für die Er kämpfung ihrer Forderungen einsetzen müssen, um eine Wendung der Dinge herbeizuführen. Die Zahl der vertretenen Länder läßt an der weltumfassenden Bedeutung dieser Konferenz keinen Zweifel aufkommen, wenn auch der Amerikanische Gewerkschaftsbund sich der Teilnahme bedauerlicherweise entzogen hat.

In seinem darauffolgenden Referat kennzeichnete der Generalsekretär des IGB., W. Schevenels, die Basis, auf der die gemeinsame Aktion entwickelt werden soll: die bisherigen wirtschaftspolitischen Bestrebungen des IGB. und die unvoreingenommene Prüfung der Tatsachen. Die Ursachen der Weltkrise, in der Industrie-, Agrar-, Finanz- und politische Krise mit ungeheurer Schärfe zusammentreffen, liegen im kapitalistischen System, das aus eigener Kraft die Krise nicht mehr zu überwinden vermag. Das gestörte Gleichgewicht zwischen Produktion und Verbrauch läßt sich nicht wiederherstellen; auch alle Versuche des Kapitalismus, durch Handelsverträge, Kartelle, Konzerne, Trusts usw. die planlose Konkurrenz zu organisieren, sind fehlgeschlagen. In seinen Nöten ist der Kapitalismus gezwungen, sich seinem Wesen widerstrebender Mittel zu bedienen: er beansprucht die Hilfe des Staates. Die Zahl der Arbeitslosen ist in einhalb bis zwei Jahren von 12 auf 25 Millionen angewachsen. Wie will man durch Zollabschnürung den für die Bedarfsdeckung notwendigen Anstausch sicherstellen? Es wächst die Überzeugung, daß der Automatismus versagt,

**das kapitalistische System wankt, man spricht von seinem Zusammenbruch.**

Das gegenwärtig noch herrschende System ist freilich nicht sofort durch ein System der sozialen Gerechtigkeit und des Wohlstandes zu ersetzen. Die zukünftige Gesellschaftsform wird nicht durch eine plötzliche Umwandlung eintreten, aber ebenso ist eine Rückkehr zum Kapitalismus von gestern unmöglich.

In der Aussprache rief Eggert (Deutschland) zur Bildung eines großen internationalen Blockes der Gewerkschaften gegen den Block der Unternehmer auf. Es gilt, eine einheitliche Wirtschaftspolitik der Arbeiter aller Länder herauszuarbeiten und besonders die Arbeitsbeschaffung aufs angelegentlichste zu fördern. Allerdings vermag ein einzelnes Land die Krise nicht zu überwinden; deshalb liegt die Notwendigkeit des Anschlusses an die Aktion des IGB. vor. — Joux (Frankreich) forderte für die Ermöglichung der Arbeitsbeschaffung die Bereitstellung finanzieller Mittel durch internationale Solidarität. Auch die Abrüstung wird in diesem Zusammenhang zur Notwendigkeit, denn durch sie können die Budgets der Staaten entlastet und Mittel zur Arbeitsbeschaffung frei werden. Da die Wiederbeschäftigung der Arbeitslosen auch nach einer Besserung der Wirtschaftslage nur durch Arbeitszeitverkürzung herbeigeführt werden kann, ist die Einführung der 40stündigen Arbeitszeit unausweichliche Notwendigkeit. Auch die Frage der internationalen Schulden und Reparationen muß gelöst werden, wenn wir nicht weiter in Ungewißheit bleiben sollen.

Nachdem noch mehrere Redner aus verschiedenen Ländern im gleichen Sinne gesprochen hatten, wurde auf Antrag Mertens, Belgien, folgendes Manifest beschlossen:

**„Manifest des Internationalen Gewerkschaftsbundes, an die Arbeiter aller Länder!“**

Angesichts der Weltwirtschaftskrise, die sich von Tag zu Tag verschärft und in allen Ländern mit einer Heftigkeit ohnegleichen wütet, hat der Internationale Gewerkschaftsbund, um seinen Kampf für die Arbeiterinteressen zu verstärken, eine Internationale Gewerkschaftskonferenz einberufen, nicht nur um die Stellung der Arbeiterschaft gegenüber den bedrohlichen Problemen festzulegen, die die Krise aufwirft, sondern vor allem, um mit Kraft den Willen aller Gewerkschaftsorganisationen zu betonen, sich in einer gemeinsamen Aktion mit gemeinsamen Zielen zu vereinen.

Diese Konferenz wurde am 16. und 17. April in Genf abgehalten und vereinigte nicht weniger als 82 Vertreter von Gewerkschaftsorganisationen aus 29 Ländern aller Erdteile. Sie war in Aussprache und Folgerungen eine imposante Manifestation der Einheit, die im Willen, den Wünschen und den Mitteln zum Handeln in allen Teilnehmerorganisationen besteht. Die Konferenz hat nicht nur den Forderungen und dem Aktionsprogramm des IGB. einmütig zugestimmt, sondern auch ausdrücklich diese Übereinstimmung und die internationale Solidarität festgestellt durch Beauftragung des Büros der Konferenz, in ihrem Namen einen Appell an alle Arbeiter der Welt zu richten zur stärkeren Vereinigung ihrer Anstrengungen und energischeren Durchsetzung der Verwirklichung jener Arbeiterforderungen, die im Programm des IGB. ihren Ausdruck finden.

Angesichts der Schwere der Krise und Arbeitslosigkeit und angesichts der Unfähigkeit des Kapitalismus zur Überwindung der Krise wird die Durchführung der vom organisierten Weltproletariat aufgezeigten und geforderten Lösungen immer dringender und gebieterischer.

Unter allen von der Konferenz geforderten Lösungen müssen die

**Arbeitszeitverkürzung auf 40 Wochenstunden, die Aufrechterhaltung der Löhne und die Steigerung der Konsumkraft**

der großen Massen besonders herausgehoben werden.

Im Vordergrund der sofortigen Maßnahmen muß auch ein ausgedehntes nationales und internationales Arbeitsbeschaffungsprogramm stehen, das den Millionen Arbeitslosen Arbeit zu geben vermag. Eine Organisation und strenge Kontrolle der internationalen Kreditpolitik, verbunden mit einem unerbittlichen Kampf gegen die unsinnige Verschwendung für Rüstungen, müssen die nötigen Mittel für die Verwirklichung der genannten Forderungen sichern.

Zugleich muß anerkannt werden, daß die Besserung der Wirtschaftslage nicht eintreten kann, solange die schweren politischen Fragen, Reparationen und internationale Schulden, keine endgültige und befriedigende Lösung gefunden haben und die verantwortlichen Staaten nicht geneigt sind, entschlossen und unter Mithilfe der Arbeiterorganisationen den Weg einer methodischen Organisation der großen Wirtschaftszweige und des internationalen Austausches zu beschreiten.

Diese unerläßliche Umwandlung erfordert gleichzeitig die Entwicklung des öffentlichen Einflusses auf allen Gebieten des Wirtschaftslebens und der wirksamen Kontrolle durch demokratische Organe der Gemeinschaft.

Die Konferenz hat ebenfalls den einmütigen Willen betont, für alle Maßnahmen zum Schutz der Arbeitermassen und zur Erleichterung der Lage der Opfer der Krise zu kämpfen. Die Arbeitslosen müssen überall und ausnahmslos in den Genuß der Arbeitslosenversicherung kommen.

**Die Angriffe auf die Sozialgesetzgebung müssen energisch zurückgeschlagen werden.**

Die Arbeiterorganisationen müssen überall und ohne Einschränkung ihre Aktion zur Verteidigung und zum Schutze des Proletariats entwickeln können. Die

**Koalitions- und Meinungsfreiheit**

sind unter den Aktionsmitteln der Arbeiterklasse diejenigen, die jeder wahrhaften Besserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiterklasse zugrunde liegen.

Im vollen Bewußtsein ihrer Verantwortung erinnert die Konferenz alle Arbeiter der Welt daran, daß es mehr denn je die Pflicht aller Gewerkschaftsorganisationen ist, national und international die genannten Forderungen zu erstreben, ohne Rücksicht auf die besonderen und zeitlich bedingten Interessen der einen oder anderen.

**Dem kapitalistischen Block muß der proletarische Block entgegengesetzt werden.**

Die Parole jeder Arbeiteraktion muß lauten:

**Vereinigt euch in der gemeinsamen Aktion zur Verwirklichung der gemeinsamen Forderungen, die allein die jetzige Lage zu bessern vermögen!“**

## XVI.

Anthony's Nachricht von dem Erfolg des Streiks wurde aber mit Mißtrauen aufgenommen.

„So? Wir haben gewonnen?“ klang es wütend vom Fenster her, wo Blain während dieses Zwiegesprächs angelegentlich auf die Straße gestarrt hatte. „Hat die Regierung unsere Bedingungen angenommen? Ich glaube viel eher, die Bergleute sind im Stich gelassen worden!“

Doch niemand ließ diesem Pessimismus sein Ohr. Man schwänzelte um Dacre herum, der diese Nachricht gebracht hatte, als sei er für den Sieg verantwortlich. Als später an diesem verhängnisvollen Mittwoch sich die Kunde von dem Ende des Streiks bestätigte, geriet Kessall außer sich. Dacre mußte auf dem Marktplatz eine Siegesrede halten, und in diesem allgemeinen Rausch verwehten die Stimmen einiger Mißtrauischer, die in der drahtlosen Nachricht nur ein Schwindelmanöver witterten, um sie an die Arbeit zurückzubringen. Auch Blain saß stumm und mürrisch an seinem Steuerrad. Er fuhr mit Joan und Dacre durch die jubelnde Menge zu einem Café, wohin auch Browne nachkommen wollte.

„Nun geht es doch geschwind nach London zurück?“ erkundigte sich Anthony, als sie Platz genommen hatten.

„Ich rühre mich nicht von Kessall fort, bis ich ganz genau weiß, was sich wirklich ereignete“, versetzte Blain ernst. Joan wurde unruhig. „Glauben Sie denn nicht, daß wir gewonnen haben, Gerry?“

„Nein, ich glaube es nun und nimmer. Nichts deutete am Montagnachmittag in London einen derartigen Ausgang an, und ich lasse Harry Browne und seine Jungens hier nicht allein in der Patsche stecken, falls es, wie ich befürchte, schief ausgelaufen sein sollte. Ihnen steht für die Rückkehr nach London ja jetzt auch Anthony's Wagen zur Verfügung, Joan.“

„Dann bleibe ich selbstverständlich auch.“ Und ihr Entschluß war nicht mehr zu erschüttern. —

Blain, der sich vom Tisch entfernt hatte, kehrte jetzt mit Browne zurück.

„Um Gottes willen, was fehlt Ihnen?“ schrie Joan, als sie sein kalkweißes Gesicht wahrte.

„Blain hat recht gehabt. Bedingungslose Einstellung des Streiks!“ Stöhnend ließ er sich auf den nächsten Stuhl fallen und vergrub den Kopf in den Händen. „Was wird aus unseren Leuten hier!...“

„Verdammt!“ Der Fluch kam von Anthony's Lippen.

Joan stand langsam auf, rückte sich einen Stuhl neben Browne. „Hören Sie, Harry. Jetzt heißt es, schnell zu handeln. Wir müssen die Arbeiter zusammenrufen; wir müssen sie verpflichten, die Arbeit nur unter der Bedingung, daß alle wieder eingestellt werden, aufzunehmen. Keine Maßregelungen! Alle oder keiner!“

Dor Joans Gesicht erschien das Bild des alten Technikers — er sollte nicht um die kärgliche Altersrente gebracht werden.

Browne zuckte zweifelnd die Achseln. „Weiß ich, ob wir's durchkriegen? Erwogen habe ich es auch.“ Aber Joans Optimismus wirkte ansteckend. „Gut denn, kommen Sie mit. Ich werde die Versammlung ausklinkeln lassen.“

Dies war unnötig. Die Nachricht verbreitete sich wie ein Lauffeuer, und am Abend erwies sich der vom Stadtschreiber zur Verfügung gestellte Rathausaal als viel zu klein. Draußen auf dem Marktplatz standen schwarze, kompakte Massen.

„Habt ihr einen Lautsprecher?“ fragte Joan, die für alles Rat wußte. „Dann halten wir unsere Ansprache vom Balkon des Oberbürgermeisters.“

„Nur einen Schalltrichter, den die Polizei bei ihren Sportkämpfen zu benutzen pflegt.“

„Her damit!“

Geraß Blains Stimme trug am weitesten. Neue Kraft schien seinen übermüdeten Körper zu straffen. Die kurzen, knappen Sätze, die er in den Trichter brüllte, schallten bis in die letzten Reihen.

„Die Front darf nicht durchbrochen werden. Zusammen seid ihr in den Streik getreten — zusammen geht ihr zur Arbeit zurück. Jeder hier gelobt, sich nur zur Arbeit zu melden, wenn alle wieder eingestellt werden. Die Hände hoch als Gelübde!“

Ein Wald von Händen schoß zum Nachthimmel empor — nicht eine einzige blieb unten; Blain hatte dem panikartigen Zurückströmen in die Werkstätten einen Kegel vorgehoben. Das junge Mädchen atmete tief auf. Welch eine Kraft mußte in ihm gesteckt haben, bevor der Krieg ihn zum Krüppel machte! „Er ist der Mann, den ich in Gefahr neben mir haben möchte“, flüsterte Harry

Browne, als hätte er ihre Gedanken erraten. „Blain hat vor Schmerzen in seinen alten Wunden keine Nacht geschlafen und trotzdem kam es ihm nicht in den Sinn, uns allein arbeiten zu lassen.“

Anthony übergab andern Tags den für die Dauer des Streiks gekauften Wagen an Harry Browne. „Derkaufen Sie ihn jetzt, nachdem alles vorüber ist, und verwenden Sie den Erlös für jemanden, der in Not geriet.“

Als sie in Mary Mauds Limousine von dannen fuhren, blickte Joan zurück zu dem jungen Mann, der auf der Treppe des Gewerkschaftshauses stand. Gestern noch hatte er die ganze Stadt gelenkt; eine Woche lang hatte er sich als ausgezeichnete Organisator erwiesen, sich großer Tage würdig gezeigt. Und jetzt? Heute mußte er glücklich sein, wenn man ihn mit fünfunddreißig Shilling wöchentlich wieder einstellte. Und wenn er als Opfer auf der Straße blieb? ... Einer mehr in dem Heer der verzweifelt Arbeit Suchenden!

„Wir müssen etwas für Harry Browne tun, wenn er nicht unterkommt“, sagte Joan mit gepreßter Stimme zu Anthony, der neben ihr auf dem Rücksitz des Wagens saß.

„Natürlich. Ich will mich gern für ihn bemühen.“

Blain setzte sie beide vor Mary Mauds Haustür ab. Er hatte auf der vierstündigen Fahrt nicht ein halbes Duzend Sätze gesprochen und weigerte sich auch, mit hinauf zu kommen und Miß Meadows zu begrüßen.

„Im Augenblick mag ich überhaupt keinen Menschen sehen, Joan. Ich werde gelegentlich anrufen.“ Und schon fuhr der Wagen weiter.

Mary Maud empfing sie mit offenen Armen.

„Endlich seid ihr zurück! Nun werde ich wenigstens erfahren, was tatsächlich los ist. Geht der Streik weiter oder ist er zu Ende? Und wie steht es mit den Bergleuten?“

„Langsam, langsam! Nicht alles auf einmal!“ Dacre war es, und nicht Joan, der über die letzten Tage Bericht erstattete. „Blain hielt sich vorzüglich“, schloß er. „Ehrlich gesagt, das hätte ich ihm nicht zugetraut. Er könnte noch eine große Rolle in der Arbeiterbewegung spielen. ... Aber mir scheint, Joan sehnt sich nach ihrem Bett. Da will ich lieber verschwinden.“

In diesem Moment schellte es draußen und gleich darauf erschien Susanna mit einem Telegramm für Joan. Sie nahm es, las es und saß mit einem Ruck kerzengerade.

Mary Maud nahm ihr das Papier aus der Hand. „Massenausperrungen in Shireport. Kritische Lage. Kommen Sie, wenn möglich, sofort zwecks Instruktionen nach Leeds zurück. Ropyd.“

„Müssen Sie fahren?“

„Selbstverständlich. Wartet der Bote, Susanna?“

„Jawohl.“

„Rasch das Kursbuch.“ Sie blickte auf ihre Stemanduhr. „Den nächsten Zug erwische ich ja noch ganz bequem. Bitte ein Telegrammformular.“

„Es sind fieberhafte Tage gewesen, seit Sie mich damals im Morgengrauen weckten“, meinte Miß Meadows, während sie sprach, wie das junge Mädchen ihre Handtaschen in ein Handbaggerchen legte.

„Ja. In Shireport wird es freilich auch nicht still ausgehen. Ja, ich werde froh sein, wenn ich wieder im nächsten Graben bin. Das ist der Platz, an den ich gehöre.“

Als Miß Meadows ihren jungen Gast zur Drookne geleitet hatte und der Wagen um die Straßenecke verschwunden war, ging sie in ihr Wohnzimmer zurück und setzte sich an ihren Schreibtisch.

Der Brief, der Susanna eine Stunde später zur Beförderung übergeben wurde, trug die Aufschrift: Herrn Hauptmann Geraß Blain, 238 Ormond Street, London W C 1. —

In Leeds fuhr Joan direkt zu Ropyd's Haus. Sie hatte seine Frau, die jedermann — sogar ihre Kinder — Pummel nannte, sehr gern. Pummel war klein und rund, sehr rund sogar, und zehn Jahre älter als ihr Mann. Ihr rotes Haar durchzogen bereits viele weiße Fäden, das Gesicht jedoch hatte sich den zarten, blütenweißen Teint bewahrt, der fast immer den Rothhaarigen eigen ist. Eine hübsche Frau, wenn ihre Oberlippe über den etwas vorstehenden Vorderzähnen nicht gar so lang gewesen wäre. Und gerade durch das Verziehen dieser Oberlippe verstand Pummel Ropyd vielerlei auszudrücken.

„Da ist ja unsere feine Londoner Dame endlich!“ begrüßte sie Joan. „William, bezahl den Chauffeur!“ rief sie ihrem Manne zu, um das junge Mädchen dann ins Wohnzimmer zu ziehen.

# Gesamtergebnis der Landtagswahlen

**Preußen:** Sozialdemokraten 4 674 943 (4 989 488), Deutschnationale 1 524 931 (1 968 856), Zentrum 3 374 413 (3 158 131), Kommunisten 2 819 602 (3 141 547), Deutsche Volkspartei 330 807 (1 004 118), Wirtschaftspartei 191 032 (803 141), Landvolkpartei 153 562 (579 182), Nat. Front (Junge Rechte) 13 942 (—), Deutsche Staatspartei 332 441 (680 946), Nationalsozialisten 8 008 219 (3 982 657), Chr.-Soz. Volksdienst 255 068 (509 328), Volksrechtspartei 44 119 (118 070), SAP, 80 437. Zwölf weitere Splittergruppen erhielten zusammen 194 619 Stimmen. (Die Zahlen in Klammern sind die Wahlziffern der Reichstagswahl 1930.) — Der neue Landtag umfaßt voraussichtlich 422 Abgeordnete. Sie verteilen sich auf die Parteien folgendermaßen: Sozialdemokraten 93, Deutschnationale 31, Zentrum 67, Kommunisten 57, Deutsche Volkspartei 7, Staatspartei 2, Nationalsozialisten 162, Deutschhannoveraner 1, Christlich-Sozialer Volksdienst 2, Volksrechtspartei 1.

**Der Bayerische Landtag** zählt 128 Abgeordnete. Davon entfallen auf Bayerische Volkspartei 45, Sozialdemokraten 20 (34), Bayerischer Bauernbund und Staatspartei 9 (17), Deutschnationale 3 (13), Nationalsozialisten 43 (9), Kommunisten 8 (5).

**Württemberg:** Sozialdemokraten 206 572 (Reichstagswahl 1930: 280 700), Deutschnationale 53 410 (85 000), Zentrum 254 675 (281 600), Kommunisten 116 644 (130 100), Volkspartei 19 319, Demokraten 59 689 (gemeinsame Liste mit Volkspartei

135 400), Nationalsozialisten 328 188 (Reichstagswahl 1930: 128 700; 10. April 1932: 408 500), Chr.-Soz. 52 352 (91 400), Bauern- und Weingartenbund 133 645 (178 400). — Der neue Landtag besteht demnach aus Sozialdemokraten 14 (21), Zentrum 17 (16), Bauernbund 9 (15), Demokraten 4 (8), Kommunisten 7 (6), Deutschnationale 3 (4), Volkspartei — (4), Christl. Volksdienst 3 (3), Volksrecht — (2), Nationalsozialisten 23 (1), zusammen 80 Sitze.

Für die **Hamburger Bürgerschaft** wurden gewählt: Sozialdemokraten 49 (46), Nationalsozialisten 51 (43), Kommunisten 26 (35), Staatspartei 18 (14), Deutschnationale 7 (9), Deutsche Volkspartei 5 (7), Wirtschaftspartei 1 (2), Christlichsoziale 1 (2), Zentrum 2 (2).

In **Anhalt** erhielten Stimmen: Sozialdemokraten 75 120, Deutschnationale 12 807, Zentrum 2630, Volkspartei 8194, Hausbesitzer 6368, Kommunisten 20 414, Staatspartei 3227, Nationalsozialisten 89 602, Sozialistische Arbeiterpartei 803. Rechtsregierung ist hier leider gesichert.

In **Oesterreich** errang die Sozialdemokratie einen Sieg in **Wien**. Bisher hatte sie unter 130 Mandaten 78 inne. Im neuen Gemeinderat zählt sie 66 unter 100 Mandaten. Die Christlichsozialen verloren 15 (gleich ein Drittel) ihrer Sitze an die Nazis. Die Kommunisten errangen auch diesmal kein Mandat. — In **Niederösterreich** (ohne Wien) gewannen die Sozialdemokraten 1 Mandat, die Christlichsozialen verloren die absolute Mehrheit.

## Für die Frauen

### Worms

Am 9. April veranstaltete die Ortsverwaltung eine Versammlung für die Zeitungsträgerinnen, Pufffrauen, weibliches Personal im Krankenhaus, weibliche Arbeitskräfte bei der Stadt und im Handel und weibliche Hausangestellte. Diese Versammlung sollte den Zweck haben, die Nichtorganisierten unserem Verbande zuzuführen. Die Musikabteilung der Naturfreunde umrahmte die einzelnen Vorträge. Kollege Will von der Bezirksleitung Frankfurt a. M. hielt einen instruktiven Vortrag über „Die Tätigkeit der Frauen im Arbeitsprozeß und unsere Stellungnahme zum Ablauf der Tarifverträge“. In diesem Referat wurde speziell die Frauenarbeit einer eingehenden Würdigung unterzogen und besonders darauf hingewiesen, daß die seelische und körperliche Belastung der Frau im Arbeitsprozeß bedeutend größer ist als bei den Männern. Andauerndes Stehen, dauerndes gebücktes Sitzen und Heben schwerer Lasten bringen die schwersten Schädigungen für die Frau mit sich. Die Gewerkschaften haben darauf gedrungen, daß in Preußen acht Gewerbemedizinäräte die Gesundheitsgefahren bei der Frauenarbeit überwachen. Aber trotzdem wurde festgestellt, daß die Arbeitgeber wenig Entgegenkommen zeigen. Hier erwacht den Betriebsräten und der Organisation die Aufgabe, der Gewerbeaufsicht drastische Fälle zur Anzeige zu bringen. — Die Mutterschaftsfürsorge ist in der Nachkriegszeit erheblich ausgebaut worden. Heute muß von allen Kassen die Wochenhilfe gesetzlich gewährt werden. Die Statistik der Gewerbeaufsicht zeigt, daß die Zahl der beschäftigten Frauen trotz der allgemeinen Arbeitslosigkeit sich prozentual auch im Krisenjahr 1931 bedeutend erhöht hat. Es ist daher unsinnig, den Kampf gegen die Frauenarbeit weiter zu führen, denn die wirtschaftliche Entwicklung hat die Frauenarbeit gefördert. Hierbei ist auch zu beachten, daß durch den Kriegstod von rund zwei Millionen Männern ein erheblicher Frauenüberschuß in den Lebensjahren von 25 bis 45 vorhanden ist. Der Anteil der Frauen an der Gewerkschaftsbewegung läßt noch viel zu wünschen übrig. Trotzdem wollen wir zu Ehren der weiblichen Mitglieder festhalten, daß sie auch in der schwersten Zeit ihre Feuerprobe bestanden und den Gewerkschaften die Treue bewahrt haben. Von 31 Verbänden, die dem ADGB. angeschlossen sind, haben nur fünf keine Frauenmitglieder, acht Organisationen stellen 82 Proz. der gesamten weiblichen Mitglieder. An erster Stelle marschiert hier der Textilarbeiterverband. Unsere Organisation hatte im Jahre 1931 rund 75 000 weibliche Mitglieder. Der Rückgang der Zahl der weiblichen Mitglieder muß uns zu großer Intensivität in der Werbung und Schulung bei den Arbeiterinnen führen. Es muß in Zukunft in unserem Organisationsgebiet das Augenmerk stärker auf die Erfassung der weiblichen Arbeitskräfte gerichtet

werden als bisher. Daß diese Arbeit noch Erfolg verspricht, beweist die Statistik der zurückliegenden Jahre. — Zum Schluß machte Studentat Genosse Heil, Worms, prägnante Darlegungen über die Konsumgenossenschaftsbewegung. Er forderte die Frauen auf, restlos ihre Einkäufe beim Konsumverein zu tätigen. — Es ist anzunehmen, daß es gelingt, in den nächsten Wochen wieder neue Mitstreiter aus den Reihen der Frauen dem Verband zuzuführen.

## Aus unserer Bewegung

**Hannover.** In der Generalversammlung am 19. April gab Kollege Tröger den Tätigkeitsbericht. Es wurde eine große Reihe von Klagen beim Arbeitsgericht, Oberversicherungsamt usw. wahrgenommen. Die Klagen, bei denen es sich um Wahrung der Rechte der Betriebsräte handelt, zeigen immer mehr, daß der Kampf gegen die Betriebsräte bis zum Äußersten geführt wird. Auch bei Klagenabweisung des Unternehmers zahlt er lieber eine hohe Abfindungssumme als daß er den Betriebsrat wieder einstellt. Diese reaktionäre Tendenz zeigt sich auch vor der Spruchkammer des Landesarbeitsamtes. Hier gehen die Unternehmer so rigoros vor, daß sie am liebsten auch noch lange Sperrfristen der Unterstützung über den Arbeiter verhängen möchten. Der Verband hat das noch in allen Fällen entweder verhindern oder mildern können. Dieselbe Tendenz findet man auch in den Lohnbewegungen. Kollege Gassenmeyer gab dann den Kassenbericht. Die Lokalkasse schloß mit einem Bestand von 8 633,80 Mk. ab. Die Mitgliederzahl beträgt 8114. Dem Kassenbericht folgte ein Referat von Kregel über den Gewerkschaftskongreß.

**Heilbronn.** In der vierteljährlichen Generalversammlung warf Kollege Schwan zusammenfassend einen Rückblick auf die Arbeiten während des letzten Jahres. Ein Bild über die Entwicklung der Organisation geben folgende Mitgliederzahlen: 1. Quartal 1930 709, 2. Quartal 739, 3. Quartal 873, 4. Quartal 893 Mitglieder; 1. Quartal 1931 906, 2. Quartal 914, 3. Quartal 927, 4. Quartal 947; 1. Quartal 1932 948. In allen Abteilungen und Fachgruppen herrscht guter gewerkschaftlicher Geist, der für gute gewerkschaftliche Schlagkraft bürgt. Nach dem Geschäfts- und Kassenbericht konnten wir 4 Jubilare für 25jährige Zugehörigkeit zur Organisation ehren. Es sind dies die Kollegen Jakob Burkert, Straßenbahnführer; Heinrich Hägele, Straßenbahnschaffner; Jakob Lötterle, städtischer Schmied und Karl Wagner, Kutscher. Kollege Schwan gab einen Abriss aus der Gewerkschaftsgeschichte und stellte die Jubilare der jüngeren Generation als Vorbild wahrer proletarischer Pflichttreue vor. Er konnte im Auftrag des Verbandsvorstandes den Jubilaren die silberne Nadel nebst Ehrenurkunde und Buch überreichen. Die Ortsverwaltung stiftete für die Jubilare je einen schönen Geschenkkorb. — Das Motto muß sein: „Vorwärts an die Arbeit, gerüstet zu neuen Kämpfen.“